

asyl

2 • 2022

aktuell

Zeitschrift der
asylkoordination
österreich

Krisen



Klimakrise –
Konflikte und Vertreibung
Unterbringungskrise –
Keine Lehren aus 2015/16
Afghanistan –
Taliban an der Macht

Inhalt

- 01 Editorial**
- 02 Föderalismus und fehlende Organisationsentwicklung**
Interview mit Wolfgang Gratz
- 08 Klimakrise befördert Vertreibung**
Kommentar von Michael Fanizadeh
- 10 Klimaänderung und Konflikte**
Renate Christ
- 16 Mobilität im Kontext von Umweltkatastrophen und Klimakrise**
Interview mit Margit Ammer und Monika Mayrhofer
- 22 Warum Angst vor Klimaflüchtlingen uns beim Klimaschutz nicht hilft**
Sarah Louise Nash
- 28 Landschaft: Berufliche Zukunft mit der Sonne**
- 33 Afghanistan: Repression und multiple Krisen**
Thomas Ruttig
- 39 Waldhäusls Opfer: Drei junge Menschen, drei Schicksale**
Jutta Lang
- 43 Tiergestützte Traumapädagogik mit Asylsuchenden**
Jennifer Schacherl
- 45 Kurzmeldungen**

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die innenpolitische Debatte der letzten Wochen war bestimmt von der Diskussion über die Probleme bei der Unterbringung und Verteilung von Schutzsuchenden. Einer jahrelang geübten Praxis folgend, wurde seitens der ÖVP und noch weiter rechts stehender Kräfte versucht, mit verzerrten Statistiken Politik zu machen. Dass sie dabei nicht so erfolgreich wie gewohnt agieren können, liegt in erster Linie an unserem Sprecher Lukas Gahleitner-Gertz und seinen unermüdlichen Twitter-Threads, die unter #Asylfakt inzwischen zum Markenzeichen geworden sind.

Es ist uns damit gelungen, den Medienvertreter:innen – viele hatten in der Vergangenheit mangels Alternativen den irreführenden Darstellungen des BMI vertraut – verschiedene Zusammenhänge klar zu machen und mit Propaganda-bereinigten Statistiken ein Bild der tatsächlichen Problemlagen zu vermitteln. Hatte das BMI versucht, mit den Zahlen der in Österreich gestellten Asylanträge die aktuelle Lage mit der Fluchtbewegung von 2015/16 gleichzusetzen, konnten wir zeigen, dass an die 70% der Antragsteller:innen Österreich wieder verlassen und in andere europäische Staaten weiterziehen.

Die Verteilungskrise von Asylwerber:innen in der Grundversorgung liegt, wie wir auch durch Zahlen untermauern konnten, am dysfunktionalen System der Grundversorgung. Hier haben wir schon im vergangenen Jahr begonnen, durch intensive Recherchen die Probleme zu erheben und zu analysieren und im *Kompetenznetzwerk Asyl auf plattform.asyl.at* zu veröffentlichen.

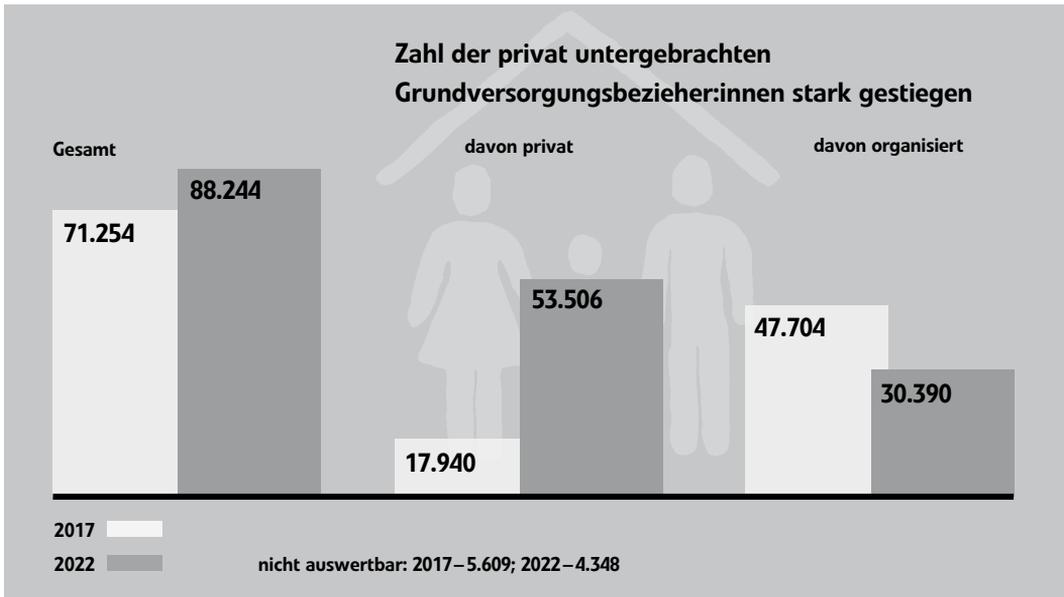
Klar ist, durch die unflexible Finanzierung brechen in Zeiten niedriger Asylanträge wichtige Unterbringungskapazitäten weg, weil sie nicht kostendeckend zu betreiben sind. Dadurch – aber auch durch fahrlässiges Ignorieren absehbarer Bedarfssteigerungen – können die Länder keine ausreichenden Quartiere zur Verfügung stellen. Die Folge: Asylsuchende stecken über Monate in nicht dafür ausgelegten Quartiere des Bundes fest. Eine aktuelle Neuauflage unseres Informationsblatts zur Grundversorgung ist in Produktion.

Aber nicht nur die Medien, auch Entscheidungsträger:innen wurden mit fundierten Informationen versorgt. Ein von den NGOs präsentierter Sieben-Punkte-Plan zur Lösung der Unterbringungskrise hat dadurch zumindest teilweise Chancen auf Umsetzung. Auch für die besonders vulnerablen Fluchtwaisen rückten die Forderungen der Kampagne KIND ist KIND Ende November einer Umsetzung näher.

Die Klima-Krise bedroht schon heute hunderte Millionen Menschen direkt und raubt ihnen ihre Lebensgrundlage. Die jährlichen Klimagipfel, zuletzt COP 27 in Ägypten, bringen kaum Fortschritte bei der Eindämmung der Katastrophe. Klimamigration ist dabei ein Thema, das wieder einmal überhaupt nicht auf der Tagesordnung stand. Für viele Expert:innen ist dies zutiefst beunruhigend, findet sich das Thema doch schon seit den frühen 1990er Jahren regelmäßig in einschlägigen Berichten. Heute werden jedes Jahr etwa 20 Millionen Menschen durch Naturkatastrophen, hauptsächlich wetterbedingte Ereignisse, vertrieben. Grund genug für uns, in dieser *asyl aktuell* einen Schwerpunkt zum Thema zu gestalten.

Entspannende Feiertage und einen guten Jahreswechsel wünscht

Herbert Langthaler



Föderalismus und fehlende Organisationsentwicklung

Seit Monaten sorgt das Thema Asyl wieder für Schlagzeilen. Die Frage warum Probleme im Zusammenhang mit der Unterbringung von Schutzsuchenden dauerhaft nicht gelöst werden, stellten wir dem Juristen und Organisationsentwickler *Wolfgang Gratz*. Sein Buch über die „Asylkrise“ 2015/16 bietet tiefe Einblicke ins damalige Krisenmanagement. Das Interview führte *Herbert Langthaler*.

asyl aktuell: Das Buch von dem wir auch reden Das Management der Flüchtlingskrise. Never let a good crisis go to waste. ist sehr schnell nach besagter Krise – jener von 2015/16 – erschienen und gab einen erstaunlich umfassenden Einblick in die Mechanismen ihrer Bewältigung oder Nicht-Bewältigung. Obwohl wir auch sehr

nah dran sind, hat es auch für uns neue Aspekte aufgezeigt. Was war Ihre Conclusio aus der Studie beziehungsweise was waren die Probleme, die Sie festgestellt haben?

Wolfgang Gratz: Ich habe mir vier „Hotspots“ angesehen. Im Burgenland, der Stadt Salzburg, in Spielfeld und in Wien sowie die sogenannte „Siebener-Lage“, also

das zentrale Koordinationsgremium. Für mich war frappant, dass an allen vier Hotspots, aber auch in der Siebener-Lage, in den ersten Stunden ein bestimmter Modus des Krisenmanagements entstanden ist, der sich dann noch etwas weiterentwickelt hat, aber seine Grundzüge wurden beibehalten vom September 2015 bis Februar/März 2016. Ich habe meine Interviews von Ende Oktober 2016 bis Anfang Februar 2017 gemacht.

Es hat sich gezeigt, dass sehr viel spontan aufgrund situativer Gegebenheiten gelaufen ist. Die so genannte Zivilgesellschaft, also Freiwillige, NGOs wie die Caritas, Einsatzorganisationen wie das Rote Kreuz, das Bundesheer und die Polizei, aber auch Mitarbeiter:innen der Landesregierungen und Städte haben relativ rasch einen Zusammenhalt und einen gemeinsamen Arbeitsmodus gefunden. Denn es herrschte massiver Druck schnell zu handeln und die Einsicht „das schaffen wir nur gemeinsam“.

Es wurde allerdings sehr viel den Freiwilligen aufgebürdet. Beispielsweise haben sich die Behörden in Salzburg außer Stande gesehen, die Flüchtenden zur Grenze zu bringen, weil das für sie Schlepperei gewesen wäre. So wurde das den Freiwilligen überlassen. An der Grenze wurde dann ein System der Kennzeichnung durch verschiedenfarbige Armbänder entwickelt, wodurch die Flüchtlinge nicht stundenlang in der Kälte Schlange stehen mussten. Das hat dann in Kufstein die Polizei von der Ehrenamtlichen übernommen.

Einerseits wurden 2015/16 die Potentiale Österreichs sichtbar, wenn es gilt, eine Krise zu bewältigen. Ich habe zum Beispiel bei einer großen NGO nachgefragt, ob dieser Geist der Zusammenarbeit Bestand haben werde und es wurde verneint, gemeint, er werde wegbrechen –

und so ist es auch gekommen. Ich habe festgestellt, es hatte niemand den Gesamtüberblick über die Lage. Ich habe abschließend eine wesentliche Person der Siebener-Lage interviewt, auch für sie war Etliches neu, was ich bei meinen regionalen Recherchen erhoben hatte.

Für mich war es überraschend zu sehen, dass es im Burgenland gelungen ist, sukzessive ein geordnetes Grenzmanagement aufzubauen, und die Steiermark völlig unvorbereitet war, obwohl abzusehen war, dass Ungarn früher oder später die Grenzen dicht machen wird und die Route sich dann über Slowenien und eben die Steiermark verschieben wird. Es kam in Spielfeld anfangs zu chaotischen Szenen und zweimal zu so genannten „Durchbrüchen“. Beide Male waren so viele Menschen an der Grenze, dass beschlossen wurde, die Leute durchzulassen und sie nach ein paar Kilometern zurückzuleiten. Es war an sich nicht sehr dra-

Letztendlich geht es auch um die mangelnde Bereitschaft, auf das Ausüben politischer Macht zu verzichten.

matisch, aber eine Phase, in der die Stimmung gekippt ist. Die Landespolitik in der Steiermark erklärte, es sei die Grenze der Belastbarkeit erreicht und es gab die Diskussionen über einen Grenzzaun. Das Bundesheer musste mit Luftaufnahmen erklären, dass so ein langer Zaun keinen Sinn macht, da man zu seiner Errichtung erst Forststraßen in das unwegsame Gelände bauen müsste.

Nachdem dann das gesamte Interview-Material ausgewertet war, versuchte ich, die Ergebnisse organisational zu erfassen. Ich kam zum Resultat, dass Österreich ein gutes staatliches Krisen- und Katastrophenmanagement hat. Bei Katastrophen wie Hochwässer oder Tunnelbränden wird sehr professionell gehandelt. Wenn die letzten Aufräumarbeiten vorbei sind, setzen sich alle Beteiligten zusammen und es wird der Einsatz evaluiert, um etwas daraus zu lernen. Dieses Konzept hat aber bei einer, wie ich es nenne, ultrakomplexen Krise versagt, da es keinen klar definierten Anfang und kein eindeutiges Ende gab. Am Bahnhof in Salzburg wurde es schon Ende August 2015 dramatisch. Im Frühjahr 2016 hat sich die

a.a.: Es gab also keine begleitende Beobachtung und Evaluation. Es wurden keine wirklichen Lehren daraus gezogen.

Es stellen sich hier zwei Fragen: Was sind die Ursachen für die Probleme im Krisenmanagement? Wie hätte man die Krise in einen Normalzustand überführen können, der besser gerüstet wäre, wiederkehrende Krisen zu bewältigen?

W.G.: Das eine Problem ist, dass das Steuern der Verwaltung de facto durch große Minister:innenkabinette erfolgt. Diese agieren mit hoher Schlagzahl und sind völlig von Tagesaktualitäten getrieben. Damit treiben sie ihrerseits die Verwaltung vor sich her. Weil diese tagesaktuellen Aufträge abgearbeitet werden müssen, ist sie kaum in der Lage, längerfristige Konzepte zu entwickeln.

Der zweite Faktor ist, dass die Politik in den letzten Jahren wenig Interesse daran gezeigt hat, die Organisationfähigkeit der Verwaltung auf ein zeitgemäßes Niveau zu heben. Schlagworte wie „agile Organisation“ und „resiliente Organisation“ gibt es seit rund 20 Jahren und diese werden in der Wirtschaft auch verbreitet gelebt. Es gibt also ein Handwerkszeug, das aber an der Verwaltung vorbeigezogen ist. Sie ist nicht in der Lage, Entwicklungen rechtzeitig zu erfassen, darauf gut zu reagieren und gleichzeitig zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Dem steht auch die österreichische Verwaltungskultur entgegen, in der die Ansicht vorherrscht, wenn etwas normativ geregelt wurde, auch das Problem bewältigt wäre. Wenn dann noch zusätzlich eine gute Infrastruktur geschaffen wird – beispielsweise in den Untergeschoßen des Innenministeriums großzügige Räume für die Krisenstabsarbeit eingerichtet werden – dann würde das, so die vorherrschende Meinung, ausreichen. Was zusätzlich fehlt, ist das Wollen und die Befähigung

Der Föderalismus befindet sich in Österreich in einer Bazarsituation, wo beide Seiten versuchen, das Problem dem anderen zuzuschieben.

Krise ausgeschlichen. Es waren unterschiedliche Behörden, die Wirtschaft, Einsatzorganisationen, NGOs und viele Freiwillige beteiligt, es gab internationale Bezüge und auch eine Reihe von rechtlichen, ökonomischen und sozialen Fragestellungen. Wenn sowas länger dauert, müssen von Beginn an Spezialist:innen, die man vorher intern qualifizieren könnte, die Abläufe und Prozesse beobachten. Sie sollten dann nach zwei bis drei Monaten ihre Beobachtungen zusammenfassen und auswerten, wie die Organisation verbessert werden sollte und die Ergebnisse dann ins System einspielen, damit es sich weiterentwickeln kann.

gung, die Ressourcen, die außerhalb des staatlichen Sektors vorhanden sind, gut zu nützen. Genau das, was unter dem akuten Handlungsdruck der so genannten Flüchtlingskrise funktioniert hat, weil man diese brauchte, funktioniert in normalen Zeiten nicht, weil die Verwaltung ein gewisses Misstrauen gegen Organisationen hat, die kritisch sind. Sie müssen gar nicht allzu kritisch sein, es reicht schon die Caritas.

a.a.: Wie kommt es eigentlich konkret dazu, dass Probleme auftreten, wahrgenommen werden, aber am Ende nichts passiert?

W.G.: Die aktuelle Zeltgeschichte zum Beispiel befindet sich irgendwo zwischen Tragik und Komödie, weil es durchaus möglich wäre, die Menschen in Österreich zu verteilen. Letztendlich geht es auch um die mangelnde Bereitschaft, auf das Ausüben politischer Macht zu verzichten. Ich habe auch in meinen Interviews gehört, dass das Innenministerium, die Verteilung auch nach parteipolitischen Kalkülen betreibt. Ein ÖVP-Bürgermeister hat mir bei abgeschaltetem Mikrophon gesagt, man müsse auch in seiner Position aufpassen, was man sagt, sonst hat man schnell mal 200 Flüchtlinge in der Gemeinde. Andererseits schafft man es auch nur teilweise, die Ressourcen der Zivilgesellschaft zu nützen. Es ist bedrückend, was sich bei der Aufnahme und Betreuung von ukrainischen Geflüchteten abspielt, bei der am Anfang sehr viele Freiwillige tätig waren und jetzt einer nach dem anderen das Handtuch schmeißt, weil sie sich im Stich gelassen und ausgebeutet fühlen. Es gibt durchaus Beamt:innen, die versuchen eine produktive Verknüpfung mit der Zivilgesellschaft herzustellen, aber leider ist dies nicht die Mehrheit.

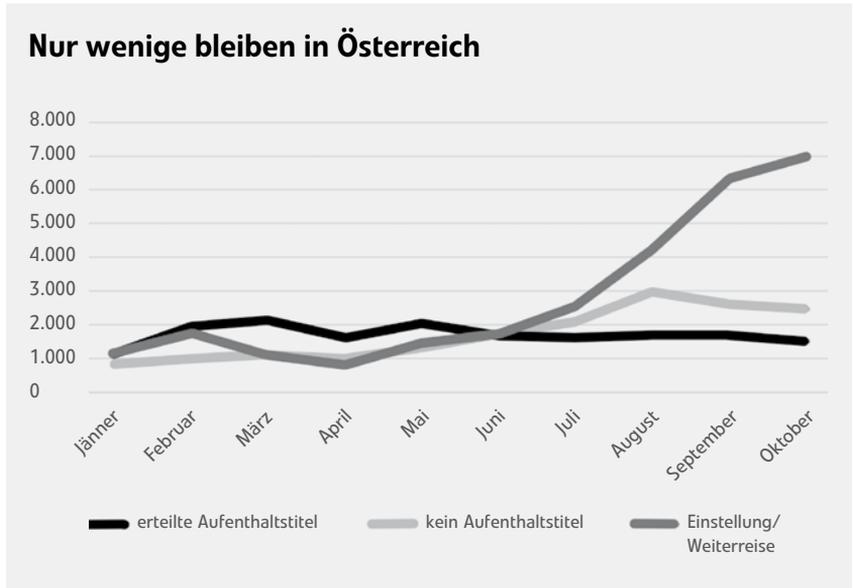
a.a.: Und welche Rolle spielt hier der Föderalismus?

W.G.: Der Föderalismus befindet sich in Österreich in einer Bazarsituation, wo beide Seiten versuchen, das Problem dem anderen zuzuschieben. Es gibt eine Reihe gesellschaftlicher Probleme, die deshalb dauerhaft nicht gelöst werden. Das gesamte Gesundheitswesen ist dadurch geprägt. Insofern spielt der Föderalismus auch im Flüchtlingsbereich eine wichtige Rolle. Das Fremden- und Asylwesen ist ein sehr sensibles Thema und man muss damit leben, dass ein Teil der Bevölkerung nicht sonderlich aufgeschlossen ist. Aber umso mehr muss versucht werden, Kompetenz ausstrahlen und für Probleme durch gelebte positive Beispiele zur Einbindung der Zivilgesellschaft, Public Governance und positivem Föderalismus und gute Verwaltungsarbeit taugliche Lösungen zu finden. Dann blieben uns trotzdem noch viele Probleme, aber einen erheblichen Teil zumindest könnten wir abhaken. Somit könnten wir der Bevölkerung vermitteln: Erstens, das kann man nicht aus der Welt schaffen und Zweitens, so vernünftig wie damit umgegangen werden kann, so gehen wir auch damit um. Das wird dann nicht bloß in politischen Reden verkündet, sondern die Leute könnten das auch wahrnehmen.

a.a.: Stützend auf die Erfahrungen von damals, aus der 2015/16er-Krise, was wären Schritte, damit nicht noch einmal Zelte aufgestellt werden müssen?

W.G.: Zuerst mal schlicht das Umsetzen des Verteilungsschlüssels. Natürlich kommt es auch darauf an, wie es gelebt wird. In Deutschland werden die Quoten gut erfüllt, da es einen verbindlichen Verteilungsschlüssel, nach dem Königsteiner Schlüssel, gibt. Mit bloßen unverbindlichen Appellen erreichen wir keine Stringenz wie in Deutschland. Darüber hinaus: Spätestens

Die aktuelle Situation ist – anders als die Fluchtbewegungen 2015/16 – davon gekennzeichnet, dass 70% nach einem Asylantrag weiterziehen.



im Herbst 2016 hätte man evaluieren müssen, wie belastbar sind wir und wie kann das in Zukunft besser organisiert werden. Eine Erfahrung war jedenfalls, dass es auf kommunaler Ebene sehr gut funktioniert hat. Es gab auch Umfragen, in denen die Bürgermeister:innen gesagt haben, dass es

überlegt werden müssen, wie man das Engagement weitergeben kann. LR Anschöber hat ja in Oberösterreich eine Plattform geschaffen, die gut gelaufen ist. Das hätte jedes Bundesland machen sollen. Man hätte auch eine Koordination schaffen können zwischen Ländern und Bund, die ständig checkt, wo ist Sand im Getriebe, wo müssen wir es besser machen. Man wollte damals seine Ruhe haben, weil es sowieso bewältigt schien und so sind wir in die heutige Situation hineingetappt.

Die Politik hat in den letzten Jahren wenig Interesse daran gezeigt, die Organisationfähigkeit der Verwaltung auf ein zeitgemäßes Niveau zu heben.

bei ihnen eigentlich gut gehe. Da sind dann auch die Leute im Ort näher zusammengedrückt, weil sie eine gemeinsame Aufgabe hatten. Man hätte auch die Freiwilligen und die Bürgermeister:innen, die den Löwenanteil übernommen haben, mehr würdigen müssen. Ihnen hätte groß und öffentlichkeitswirksam gedankt gehört. Es hätte

a.a.: Es kommt mir auch so vor, dass niemand die Verantwortung übernehmen will oder kann?

W.G.: Eine Lehre von 2015/16 war für uns, wenn jemand sagt „Ich übernehme die Verantwortung.“ und aktiv wird, dann geht das. Natürlich muss das im Rahmen unserer Rechtsordnung erfolgen, wie es weitestgehend war. Allein, dass man einen politischen Prinzing zum Flüchtlingskoordinator gemacht hat, der jetzt wieder in der Polizei ein hohes Amt bekleidet, zeigt, wie ernst man die Situation nimmt.

unterbringungs- und verteilungskrise

a.a.: Wir sind zwar viel näher dran als 2015/16, dennoch ist es als asylkoordinati-on erstaunlich, warum viele Sachen nicht funktionieren.

W.G.: Ganz allgemein sagt man, ein System funktioniert und ist gesund, wenn die in ihm vorhandenen Ressourcen zum Tragen kommen können, sich entfalten können und wenn das gut miteinander verbunden wird. Diese Definition ist sehr allgemein und könnte sowohl für ein Friseurgeschäft als auch für unsere Republik gelten. Christian Konrad hat ein Konzept gehabt, alle gesellschaftlich relevanten Bereiche zusammenzuschließen. Das hat Sebastian Kurz dann aber verhindert. Jetzt, da wir gerade dabei sind, uns von dieser kurzen Ära zu verabschieden, sollte man das wieder hervorholen. Die Menschen, die aus der Ukraine zu uns gekommen sind, könnte man als Anlass nehmen und schauen, was kann man aktivieren in diesem Staat.

a.a.: Die Problembewirtschaftung in der Politik gibt's ja auch noch als Problem...

W.G.: ...und hier geht es nicht einmal um Sozialromantik, sondern da geht es um eines von vier, fünf Themen wofür sich die Leute am meisten interessieren. Hier zeigt sich auch, was die Menschen von unserem politischen System halten und da müsste man, wie schon erwähnt, schauen, dass man Vertrauen stiftet. Der Staat müsste vermitteln, dass er das umsichtig und professionell handhabt.

a.a.: Wir hatten schon etwas darüber gesprochen, die aktuelle Situation. Hat man etwas gelernt aus der Krise zuvor? Ist die Situation vergleichbar oder ganz anders?

W.G.: Vergleichbar ist die Situation nicht, da es damals sehr überraschend war. Weil auch innerhalb von einem Jahr 900.000 Menschen durch Österreich



durchgezogen sind und rund 90.000 geliebten sind. Insofern ist es nicht vergleichbar. Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute ist von solchen Zahlen sind wir weit entfernt. Die schlechte ist, dass der massive Handlungsdruck von damals nicht besteht. Jetzt kann man sich das Ping-Pong-Spielen erlauben, die heiße Kartoffel von einem zum anderen zu schieben und etwas Druck auszuüben, indem man Zelte so aufstellt, dass sich auch gutwillige Menschen aufregen. Mit einem professionellen Kooperations-system, in dem man gemeinsam Lösungen findet und ein gewisses Grundverständnis teilt, sollte es bewältigbar sein. Es reicht, wenn in einem Land wie Österreich die vorhandenen Möglichkeiten, schlicht und einfach genutzt werden.

Wolfgang Gratz ist Jurist und Soziologe und habilitiert in Kriminologie er leitete von 1978 bis 1990 therapeutischen Vollzugsanstalten, Geschäftsführung des Vereins für Bewährungshilfe und soziale Arbeit 1990 – 1992, Leiter des Fortbildungszentrum Strafvollzug und der Strafvollzugsakademie 1992 – 2008. Er arbeitet zudem als Organisations- und Unternehmensberater.



Das Management der Flüchtlingskrise
Never let a good crisis go to waste
Wien 2016, Neuer Wissenschaftlicher Verlag (NWV).
221 Seiten, 29,80 Euro

Klimakrise befördert Vertreibung

Von Michael Fanizadeh

Die Klimakatastrophe vollzieht sich mit all ihrer zerstörerischen Kraft, das haben diesen Sommer die vielen Waldbrände in Europa sowie die verheerenden Überschwemmungen in Pakistan überdeutlich in Erinnerung gerufen. Millionen von Menschen sind von den Auswirkungen unmittelbar betroffen und müssen sich vor Starkwetterereignissen oder den langfristigen Folgen des Klimawandels in Sicherheit bringen. Zeit für Prävention bleibt wenig, wie der Klimaforscher Adil Najam bei einer *VIDC*-Veranstaltung in Wien betonte: „Indem wir über den Klimawandel als ein zukünftiges Problem sprechen, machen wir uns vor, dass wir Zeit zum Handeln haben. Da die Welt nicht bereit ist, die Bedrohung durch den globalen Klimawandel abzumildern, leben wir heute bereits im Zeitalter der Anpassung. Das bedeutet, dass wir jetzt über die Auswirkungen des Klimawandels und nicht mehr nur über seine Eindämmung sprechen müssen.“

Paradoxerweise sind vulnerable Gruppen in den ärmsten Regionen der Welt am meisten gefährdet, Opfer des Klimawandels zu werden – obwohl sie am allerwenigsten zu den weltweiten Emissionen beitragen. Ihre Regierungen verfügen aber einfach nicht über die finanziellen Mittel, sie vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren. Es wäre daher ein Gebot der Stunde, die ärmsten Länder bei der Entwicklung und Umsetzung von Schutz- und Anpassungsplänen zu unterstützen, denn die Menschen

in diesen Ländern können sich vor den häufigen und intensiver werdenden wetterbedingten Ereignissen, wie Überschwemmungen, Feuer, Dürren und Stürmen weniger schützen und sind immer häufiger gezwungen ihre Herkunftsorte zu verlassen. Änderungen bei Niederschlägen und Temperaturmustern wirken sich zudem langfristig negativ auf die Lebensbedingungen und Zukunftschancen von Menschen in den ärmsten Regionen dieser Erde aus.

Vor diesem Hintergrund sind die regelmäßigen Schlagzeilen in Österreichs Medien zu verstehen, die die Bedeutung der Klimakrise als Grund für Vertreibung betonen. Im Hintergrund schwingt dabei mit, dass all diese „Klimaflüchtlinge“ zu uns nach Europa und möglicherweise gar nach Österreich kommen wollen. Studien zeigen allerdings, dass die meisten Menschen, die sich vor Umweltkatastrophen in Sicherheit bringen müssen, in der eigenen Region verbleiben, zumeist im eigenen Land und dass sie so schnell als möglich wieder in ihre Herkunftsorte zurückkehren wollen. Nur eine Minderheit versucht über die Landesgrenzen hinweg zu flüchten, wie aus den Daten des *Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC)* ersichtlich wird. Einer der Gründe dafür ist auch, dass Geflüchtete aufgrund der Klimakrise nicht explizit als Konventionsflüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind und daher wenig Chancen auf internationalen Schutz haben. Was nicht heißt, dass sich



Michael Fanizadeh ist Projektkoordinator beim VIDC – Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation. Seine Arbeitsbereiche sind Migration und Entwicklung, Menschenrechte und Antidiskriminierung mit einem regionalen Fokus auf den Nahen und Mittleren Osten.

unter den derzeit offiziell über 30 Millionen Geflüchteten weltweit nicht auch Menschen befinden, die sich aufgrund von klimabedingten Faktoren über Grenzen hinweg in Sicherheit brachten. Jedoch werden diese Faktoren nicht als Fluchtursachen erfasst.

Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Zahl der Geflüchteten aufgrund der Klimakrise rasant erhöhen könnte. Die Weltbank sprach bereits 2018 in einem aufsehenerregenden Bericht von möglichen 143 Millionen Binnenvertriebenen bis 2050 aufgrund der Klimakrise. Fakt ist: Laut dem *IDMC* wurden Ende des Jahres 2021 rund 5,9 Millionen Menschen in 86 Ländern und Regionen infolge von Naturkatastrophen als Intern Vertriebene gezählt – Tendenz steigend. 23,7 Millionen Menschen waren von vorübergehender Vertreibung betroffen. Allein in Subsahara-Afrika waren 2,5 Millionen Menschen wegen Umweltkatastrophen zumindest kurzfristig gezwungen ihre Herkunftsregion zu verlassen, wobei mit Ende des Jahres immer noch mehr als 2 Millionen Vertriebene aufgrund der Klimakrise in Subsahara-Afrika gezählt wurden.

Konflikte und Klimakrise gehen oftmals Hand in Hand und befeuern sich wechselseitig. Viele der heutigen Krisen sind durch eine komplexe Mischung von Klima- und Umweltveränderungen, Katastrophenrisiken, Konflikten, Fragilität und Vertreibung geprägt. Das Flüchtlingshilfs-

werk der *Vereinten Nationen (UNHCR)* betont in seinem Bericht über „Forced Displacement“ 2021 die Multidimensionalität von Armut, Ernährungsunsicherheit, Klimawandel, Konflikten und Vertreibung. Diese Faktoren seien zunehmend miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig, sodass immer mehr Menschen auf der Suche nach Schutz und Sicherheit sind. Auf lokaler Ebene ist Klimawandel eine Hauptursache für Konflikte, wenn z.B. Gruppen um Weideland oder Wasserstellen konkurrieren. Das ist insofern bedeutsam, da aktuell immer noch ein Drittel der Weltbevölkerung von der Landwirtschaft lebt und somit auf ein funktionierendes Öko- und Klimasystem angewiesen ist.

Das Beispiel Somalia zeigt die Vielschichtigkeit der Fluchtursachen. Somalia ist eines der Länder mit dem höchsten Gewaltaufkommen weltweit, mit einem Bürgerkrieg, der seit den 1990er Jahren mehr oder weniger kontinuierlich anhält. Jetzt wird das Land zusätzlich von der schlimmsten Dürre seit 40 Jahren heimgesucht. Hunderttausende Somalier haben laut *UNHCR* ihre Häuser verlassen und mussten sich auf der Suche nach Nahrung, Wasser und humanitärer Hilfe auf gefährliche Reisen begeben. Seit Beginn der Dürre im Januar letzten Jahres wurden über eine Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben, davon 857.000 in diesem Jahr. Weitere 366.000 sind aufgrund von Konflikten und Unsicherheit geflohen.



Klimaänderung und Konflikte

Die menschengemachte Erderwärmung hat dramatische Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in vielen Regionen der Erde. Extreme Wetterbedingungen und in Folge davon Dürren und Ernteausfälle führen dazu, dass immer mehr Menschen die Grundlagen für ihre Existenz verlieren. Entwurzelung und Migration gehören zu den Resultaten dieser tiefgreifenden Krise. Von Renate Christ

Klimatische Veränderungen und Konflikte um Wasserressourcen haben schon in der Vergangenheit zur Auslöschung von Kulturen und zu großen Wanderbewegungen geführt. Beispiele sind die Maya in Mittelamerika und auch beim Niedergang des assyrischen Reiches in Mesopotamien in der Antike spielte eine langanhaltende Dürre eine wichtige Rolle. Damals handelte es sich um natürliche Klimaschwankungen,

oft gepaart mit nicht nachhaltiger Landnutzung. Seit einigen Jahrzehnten bringt die vom Menschen verursachte Klimaänderung eine neue Dimension in diese Problematik. Neben Krieg und bewaffneten Konflikten gehören extreme Wetterbedingungen zu den wichtigsten Gründen, warum Menschen ihre Heimat verlassen, wobei eine starke Korrelation zwischen Regionen, die von Klimaänderung stark betroffen sind, mit Konflikten und Gewalt zu beobachten ist. (White House Report, 2021).

Der Weg zur Klimakatastrophe

Die wichtigsten Fakten zur Klimaveränderung – wo wir stehen, was auf uns zukommt und wie wir gegensteuern können – sind in Sachstandsberichten des *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* zusammengefasst. Es ist unbestritten, dass sich die Atmosphäre, Ozeane und Land durch menschlichen Einfluss erwärmt haben. Grund dafür sind Treibhausgase aus der Verbrennung von fossilen Brenn-

„klimaflüchtlinge“

stoffen, Industrie, Landwirtschaft und Abholzungen. Die Konzentration von CO₂, dem wichtigsten Treibhausgas, ist mit 410 ppm so hoch wie seit 2 Millionen Jahren nicht mehr. In den 1970-iger Jahren hat man noch gelernt, dass die Konzentration von CO₂ in der Luft 330 ppm beträgt. Seit her sind die globalen CO₂-Emissionen um ca. 90 % angestiegen und damit ihr Anteil in der Atmosphäre. Auch die Konzentrationen der Treibhausgase Methan und Stickstoffoxid sind so hoch wie seit 800.000 Jahren nicht. Der überwiegende Teil der Emissionen wurde und wird noch immer durch Industriestaaten verursacht.

Auch wenn China mittlerweile der zweitgrößte Emittent ist, zeigen sich gravierende Unterschiede in den Pro-Kopf-Emissionen. Derzeit emittieren die reichsten 10 % der Weltbevölkerung 48 % der globalen CO₂-Emissionen, die ärmsten 50 % hingegen nur 7 %. All das hat zu einem Temperaturanstieg von ca. 1°C seit dem vorindustriellen Zeitalter geführt, einer Erwärmung, wie sie seit zumindest 2000 Jahren nicht beobachtet wurde. Dabei ist der Wert regional, zum Beispiel in der Arktis oder in Gebirgsregionen, bereits wesentlich höher. Und die Erwärmung geht immer rascher vor sich. So war jedes der letzten vier Jahrzehnte wärmer als das vorangegangene.

Das hat Konsequenzen für das gesamte Klimasystem der Erde: für Meere, Eis, Wasserkreislauf und Biosphäre. Bei uns schmelzen die Gletscher, etwas weiter nördlich der grönländische Eisschild und das arktische Meereis. Die Ozeane erwärmen sich und der Meeresspiegel steigt kontinuierlich an. Extreme Wetterereignisse wie Hitzeperioden, Starkregen, Überflutungen, Dürre und tropische Wirbelstürme sind deutlich häufiger und stärker geworden und treten auch in Regionen auf, die bisher von derartigen Extremen

verschont geblieben waren. Das führt zu Ernteausfällen, Viehsterben, Hungerkatastrophen sowie zu Schäden an Häusern und Infrastruktur.

Marginalisierte Regionen besonders gefährdet

Aber nicht nur Extremereignisse verursachen Probleme. Auch langsame Veränderungen wie z.B. wiederholte und längere Trockenperioden, veränderte Niederschlagsverhältnisse, das Ausbleiben von Regenfällen nach der Saat oder höhere Temperaturen können massive wirtschaftliche und soziale Probleme verursachen, da

Die Klimaänderung wird an Dynamik zunehmen, wenn die Emissionen und die globale Temperatur weiter ansteigen.

weder Kulturpflanzen noch Wasserwirtschaft an die geänderten Verhältnisse angepasst sind. Die Auswirkungen der klimatischen Veränderungen treffen meist jene Menschen und Bevölkerungsgruppen am härtesten, die ohnehin bereits unter schwierigen Bedingungen leben, sei es auf Land, das nur geringen Ertrag bringt oder das durch Erdbeben und Überflutung gefährdet ist. Den Luxus einer Versicherung können sich diese Menschen nicht leisten. Andererseits haben sie zumeist am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen, was grundsätzliche Fragen der Fairness und Gerechtigkeit aufwirft.

Die Auswirkungen der Klimaänderung werden an Dynamik zunehmen, wenn die Emissionen und die globale Temperatur weiter ansteigen. Mit jeder weiteren Erwärmung werden Extremereignisse wie

Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürre und tropische Stürme heftiger und häufiger und es sind großräumige Veränderungen, zum Beispiel beim Monsun, zu erwarten. Wie viel Unterschied dabei ein halbes Grad Celsius macht, wird an verschiedenen Ökosystemen deutlich. So verlieren bei einer Erwärmung von 1,5°C 6 % der Insekten, 8 % der Pflanzen und 4 % der Wirbeltiere die Hälfte ihres Verbreitungsgebiets. Bei 2°C Erwärmung betrifft dies dreimal so viele Insektenarten und doppelt so viele Pflanzen und Wirbeltiere. Das bedeutet großflächige Ökosystemtransformationen mit unvorhersehbaren Folgen. Die Sensibilität von

Mut und rasches, konsequentes Handeln in allen relevanten Bereichen. So ist bis 2030 eine globale Reduktion der CO₂-Emissionen um 45 % – bezogen auf 2010 – notwendig. Bis Mitte des Jahrhunderts muss Kohlenstoffneutralität erreicht werden. Das bedeutet, es wird nicht mehr CO₂ ausgestoßen als durch Kohlenstoffsenken wie Ozeane, Böden, Wälder oder durch technische Maßnahmen absorbiert werden kann. Oder anders formuliert: Die globalen Nettoemissionen von CO₂ müssen auf null sinken und alle anderen Treibhausgasemissionen müssen drastisch vermindert werden.

Kleine Kurskorrekturen und Einsparungen oder der Kauf von Zertifikaten aus dem Ausland, um die eigenen Emissionen zu kompensieren, haben in der Klimapolitik keinen Platz mehr. Derartige Tricks führen uns nicht zum Ziel. Es geht jetzt um eine konsequente Dekarbonisierung des Energiesystems, von Gebäuden und Industrie. Es geht um nachhaltige Mobilität, Ernährung und Konsum. Die Devise muss lauten: Transformation, Nachhaltigkeit und „Race to Zero“.

Aber selbst bei starken Anstrengungen und einer effizienten Klimapolitik werden sich klimatische Veränderungen und daraus resultierende Verluste und Schäden nicht ganz vermeiden lassen. Daher müssen rechtzeitig Maßnahmen zur Anpassung an die geänderten Verhältnisse getroffen werden, die auf die lokalen Gegebenheiten und die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt sind. Dazu gehören Bewässerungssysteme, Dämme und andere bauliche Maßnahmen, ebenso wie eine geänderte Sortenwahl in Land- und Forstwirtschaft.

Ab- und Umsiedlungen werden in manchen Fällen unvermeidlich sein, z.B. wenn der Meeresspiegelanstieg Siedlungen bedroht, der Ausbruch eines Gletschersees ein Tal verwüstet oder Land

Es müssen rechtzeitig Maßnahmen zur Anpassung an die geänderten Verhältnisse getroffen werden.

Pflanzen und Tieren für geringe Temperaturanstiege lässt ahnen, welche Herausforderungen auf Land- und Forstwirtschaft zukommen. Deutliche Veränderungen zeichnen sich in den unterschiedlichsten Bereichen ab, egal ob Gesundheit, der Meeresspiegelanstieg oder landwirtschaftliche Erträge. Bei einer Erwärmung von 2°C wären 50 % mehr Menschen von Wasserknappheit und weitere hunderte Millionen Menschen mehr von Armut betroffen als bei einer Erwärmung von 1,5°C.

Anpassung an veränderte Verhältnisse

Es gilt daher, die Erwärmung zu stoppen, wie bereits im Abkommen von Paris festgelegt wurde, und zwar auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau. Dies wurde bei der Klimakonferenz in Glasgow im November 2021 nochmals bekräftigt. Noch ist dieses Ziel erreichbar, aber es erfordert

„klimaflüchtlinge“

durch wiederholte Dürre nicht mehr für Getreideanbau oder Viehwirtschaft zu gebrauchen ist.

Klimakatastrophe führt zu Migration

Derzeit fällt die Entscheidung, die Heimat zu verlassen, oftmals nach mehreren Missernten oder Flutkatastrophen, ungeplant und aus der unmittelbaren Not heraus. In manchen Fällen könnte eine geordnete Umsiedlung helfen, damit solche Situationen nicht zu einer Krise führen und ein Neubeginn für alle Betroffenen möglich ist. Da jede Migration Konfliktpotential mit sich bringt, müssen sowohl die Sicherheit der Migrant:innen als auch die Bedürfnisse der Gesellschaft, in der sie sich ansiedeln, beachtet werden. Leider wird diesen Fragen in der internationalen Klimapolitik noch zu wenig Beachtung geschenkt. Betroffene Länder kämpfen oft mit einer Vielzahl von anderen Problemen. Die Industriestaaten als Verursacher geben sich bei finanzieller Unterstützung nicht gerade großzügig und beschränken sich oftmals auf Katastrophenhilfe. Vor allem eine Kompensation oder globale Versicherung für klimabedingte Verluste und Schäden ist bei den Klimakonferenzen noch ein heißes Eisen. Glücklicherweise finden Menschenrechte, Gendergerechtigkeit und Schutz von Minderheiten und indigenen Völkern, oft zusammengefasst im Begriff „Climate Justice“, immer mehr Beachtung.

Wie beeinflussen nun Klima und Klimaveränderung Migration? Gibt es einen Zusammenhang mit Unruhen und Krieg, und was ist in Zukunft zu erwarten? Beispiele aus Afghanistan, Syrien und dem Sudan sollen das kurz illustrieren.

Afghanistan: Häufige Dürreperioden

Afghanistan ist ein Land, in dem wiederholte Dürreperioden, eine instabile poli-

tische Situation und bewaffnete Konflikte zu massiven Abwanderungsbewegungen geführt haben. Sowohl innerhalb des Landes und in den Nachbarregionen als auch international ist diese Bewegung sichtbar. Afghanistan ist von einer äußerst starken Klimaveränderung betroffen. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wurde eine Temperaturerhöhung von 1,8°C beobachtet. Das ist deutlich mehr als das globale Mittel. Am stärksten war die Erwärmung im Süden des Landes. Auch die Niederschlagsmuster haben sich verändert. So haben die Niederschläge im Frühling, die für eine gesunde Landwirtschaft essenziell sind, bereits um 30 % abgenommen. 2018 wurde Afghanistan von einer Dürrekatastrophe heimgesucht, die Missernten und massives Viehsterben zur Folge hatte. 2021 kam wieder eine Dürre, die noch mehr Menschen traf. Laut *UNO*-Daten von Ende 2021 waren 80 % des Landes von dieser Dürre betroffen und rund 22,8 Millionen Menschen, das sind 55 % der Bevölkerung, litten an akutem Nahrungsmangel. Weitere 700.000 Menschen haben sich zusätzlich zu den 3,5 Millionen, die bereits in den vergangenen Jahren ihre Dörfer verlassen haben, auf den Weg gemacht, auf die Suche nach einem besseren Auskommen. Und dies in einer äußerst schwierigen politischen Lage. All diese Menschen leben als Binnenvertriebene an den Rändern der großen Städte wie Herat oder Kabul. Für die Weiterflucht in benachbarte Länder oder gar Europa fehlen den meisten Opfern des Klimawandels die Mittel.

Selbst unter der optimistischen Annahme einer ambitionierten internationalen Klimapolitik und einer Einschränkung der globalen Treibhausgas-Emissionen wird es in Afghanistan zu einem weiteren Temperaturanstieg kommen. Klimamodelle gehen für die kommenden 30 Jahre, je



Manche Expert:innen führen den Konflikt in Syrien auf Umwelteinflüsse zurück.

1 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

2 United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs

nach Region und Szenario, von einer weiteren Erwärmung um 1,1°C bis 1,7°C aus. Der Trend zu häufigeren Dürreereignissen dürfte sich durch den Klimawandel fortsetzen und ohne gezielte Anpassungsmaßnahmen, wie z.B. der Bau von Wasser-Reservoirs, Bewässerungssystemen oder ähnliche Maßnahmen in der Landwirtschaft, sind weitere Dürre- und Hungerkatastrophen unvermeidlich. Da Klimaanpassungsmaßnahmen oft lange Konsultationen und Planungsphasen voraussetzen, damit sie wirklich auf die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt sind, können sich Unterbrechungen, verursacht durch instabile politische Verhältnisse oder Ausbleiben von Finanzierung, äußerst negativ auf mittel- und längerfristige Entwicklungen auswirken.

Syrien: komplexe Zusammenhänge von Klima und Krieg

Allerdings sind die Zusammenhänge nicht so einfach, denn Unruhen haben vielfältige gesellschaftliche und politische Ursachen. Sie können allemal im Zusammenhang stehen und sich gegenseitig verstärken. Ungünstige klimatische Bedingungen oder extreme Wetterereignisse können eine weitere Rolle spielen.

So führte die lang dauernde Trockenheit von 2006–2011 zu Missernten und hohen Lebensmittelpreisen. Menschen verlie-

ßen ihr Land und zogen in die Städte, die aber weder Arbeit noch adäquate Infrastruktur bieten konnten. Dazu kamen der Zustrom von Kriegsflüchtlingen aus dem Irak und eine bereits sehr angespannte politische Situation, was schließlich zum Ausbruch der Unruhen führte.

Klimamodelle zeigen, dass der Mittlere Osten in Zukunft von starken Klimaveränderungen betroffen sein wird. Ein Blick auf die derzeitige Situation zeigt, dass vor allem der Zugang zu Wasser ein wichtiger Faktor für die Stabilität der Region ist. So begann laut *FAO*¹ die Regenzeit in Syrien 2020/21 zwei Monate später als gewohnt und endete auch zwei Monate früher. Extreme Hitze im April erschwerte die Ernte und im Sommer folgte laut *UNOCHA*² die schlimmste Dürre seit 70 Jahren, was zu regionalen Ernteaussfällen von 25-75 % führte. Die Situation wurde dadurch erschwert, dass der Euphrat, aus der Türkei kommend, nunmehr eine geringere Wasserversorgung hat, was den Zugang zu Wasser für einige Millionen Menschen erschwert. Geeignete wasserwirtschaftliche Maßnahmen, auch im grenzüberschreitenden Bereich, sind daher wichtig, um Konflikte und Hunger in Zukunft zu vermeiden.

Sudan und Südsudan: die Rückkehr des Hungers

Darfur wird oft von Beobachter:innen als der erste durch Klimaveränderung hervorgerufene Konflikt bezeichnet. Der frühere *UNO*-Generalsekretär Ban Ki Moon bemerkte 2007, dass – neben diversen sozialen und politischen Ursachen – der Darfur-Konflikt als ökologische Krise begann, ausgelöst – zumindest zum Teil – durch Klimaänderung.

Aber wie im Fall von Syrien sind die Zusammenhänge komplex. Seit Jahrzehnten konnte man in der Sahelzone eine

Ausbreitung der Sahara nach Süden und eine Verringerung des durchschnittlichen jährlichen Niederschlags um 15-30 % beobachten. Dies hatte Konsequenzen für die beiden vorherrschenden und zum Teil rivalisierenden Landnutzungsformen, nämlich Subsistenzlandwirtschaft und nomadische Viehwirtschaft. Durch Wüstenbildung und Trockenheit konnte Land nicht mehr bewirtschaftet werden und Weideflächen wurden knapp. Diese Landknappheit führte zu Spannungen und Nutzungskonflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Aber auch zu viel Wasser in Form von Starkregen, der unkontrolliert abfließt, kann in der Region ein Problem werden. In jüngster Zeit haben Wasserwirtschaftsprojekte im Rahmen von Klimaanpassungsmaßnahmen geholfen, die Auswirkungen von zu viel oder zu wenig Wasser zu mindern. Darüber hinaus haben sie auch zur Zusammenarbeit von Gemeinschaften und damit zumindest lokal zu einer Verminderung des Konfliktpotentials geführt.

Auch im Südsudan fielen neu aufgeflammete Konflikte 2015/16 mit einer massiven Dürre zusammen. Im Jahr 2016 sprach die Direktorin der *WFP (World Food Programme)* im Südsudan, Joyce Luma, von einer tödlichen Mischung von Konflikt, wirtschaftlicher Notlage und zu wenig Regen. Im Februar 2017 wurde im Südsudan der Hungernotstand ausgerufen, denn durch Bürgerkrieg und Dürre konnte die Nahrungsmittelversorgung für 5 Millionen Menschen, das entspricht 40 % der Bevölkerung, nicht mehr sichergestellt werden.

Es ist im Sudan und im Südsudan in den nächsten Jahrzehnten von einer weiteren Temperaturerhöhung auszugehen und – damit einhergehend – von bis zu 70 % Ernteausfällen bei den wichtigsten Feldfrüchten wie Sorghum.

Laut Weltbank könnte es 2050 in Subsahara-Afrika 86 Millionen interne Klimaflüchtlinge geben. Werden nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen, wird sich der Teufelskreis von Konflikt und Dürre unweigerlich fortsetzen.

In der internationalen Diplomatie wird sehr viel von Nachhaltigkeitszielen gesprochen. Klimaschutz ist eines davon und mit fast allen anderen Zielen vernetzt. Einerseits liegen die Hauptursachen für das Problem in den Bereichen Energie, Mobilität und Konsum und generell in einem nicht nachhaltigen Lebensstil. Andererseits erschwert der Klimawandel das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen, wie z.B. die Ausrottung von Hunger und Armut oder das Recht auf Gesundheit, sauberes Wasser, Bildung und menschenwürdige Arbeit für alle. Gleichzeitig verstärkt er Ungleichheit und Konfliktpotential. Eine umfassende und vorausschauende Klimapolitik kann nicht nur helfen, klimabedingte Schäden zu vermeiden oder zu vermindern, sondern auch das Erreichen anderer Entwicklungsziele zu erleichtern, wie beispielsweise den Zugang zu sauberer Energie, sicherem Wohnraum, aber auch zu Bildung, Gesundheit und partnerschaftlicher Problemlösung.

Mary Robinson, ehemalige Präsidentin von Irland und Hochkommissarin für Menschenrechte, formulierte es als unermüdlige Kämpferin für Klimagerechtigkeit einmal folgendermaßen: „Klimaänderung untergräbt den Genuss der Menschenrechte – das Recht auf Leben, auf Nahrung, auf Wohnung und Gesundheit. Es ist eine Ungerechtigkeit, dass gerade diejenigen, die am wenigsten zu den Ursachen des Problems beigetragen haben, am meisten unter den Auswirkungen der Klimaänderung leiden.“

Renate Christ ist Biologin und seit mehr als 30 Jahren im Bereich Klimaschutz tätig. Von 2004 bis 2015 hat sie das Sekretariat des *Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC* (Weltklimarat) geleitet. Sie war beim Umweltprogramm der *Vereinten Nationen* in Nairobi und bei der Europäischen Kommission in Brüssel tätig und hat die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll mitverhandelt.



Mobilität im Kontext von Umweltkatastrophen und Klimakrise

Seit Jahren werden massive Bevölkerungsbewegungen in Folge von Dürren, des Anstiegs des Meeresspiegels und anderer im Zuge der globalen Erwärmung auftretenden Phänomene befürchtet. Die gängige Konstruktion des Klimaflüchtlings entspricht nicht der Komplexität, die Migrationsbewegungen im Kontext des Klimawandels aufweisen, erklären *Margit Ammer und Monika Mayrhofer*. Das Interview führten *Katharina Glawischnig und Herbert Langthaler*.

1 Beim Protection Gap handelt es sich um eine Schutzlücke im Völkerrecht, die auftritt, wenn Menschen ihren Herkunftsstaat im Zuge von Umweltkatastrophen verlassen müssen bzw. deswegen nicht zurückkehren können. Im Völkerrecht wird nämlich nicht ausreichend geregelt, welche rechtlichen Status diese Menschen im Aufnahmestaat haben.

asyl aktuell: Bitte umreißen Sie kurz, was Sie zum Thema „Klimawandel und Migration“ rezent geforscht haben.

Margit Ammer: Am Institut hatten wir seit 2008 verschiedene Projekte zu Klimawandel und Migration. Das letzte Projekt, *ClimMobil – Judicial and policy responses to climate change-related mobility in the European Union with a focus on Austria and Sweden*, startete 2019 und wurde

Ende Mai 2022 abgeschlossen. In *ClimMobil* wurde hauptsächlich der Frage nachgegangen, welchen rechtlichen Status Menschen haben, wenn sie ihr Herkunftsland unter anderem aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels verlassen müssen bzw. deswegen nicht zurückkehren können. Der sogenannte „Protection Gap“¹ ist schon länger Thema in der Wissenschaft und bei politischen Entscheidungsträger:innen. Jedoch

haben wir festgestellt, dass dies immer nur im Kontext des Globalen Südens thematisiert wird. Menschen des Globalen Südens, die aufgrund von Umweltkatastrophen ihren Heimatort verlassen müssen, bleiben meistens entweder im Herkunftsland oder wandern in Nachbarländer ab. Es wurde nie untersucht, ob Menschen aufgrund von Umweltfaktoren auch nach Europa kommen bzw. welchen rechtlichen Status sie in europäischen Aufnahmeländern haben. Daher haben wir, zusammen mit dem *Raoul Wallenberg Institute of Human Rights and Humanitarian Law* (Schweden), auf die EU fokussiert, insbesondere auf die Situation in Österreich und Schweden. In erster Linie haben wir analysiert, inwieweit Umweltfaktoren in Asylverfahren eine Rolle spielen.

Monika Mayrhofer: Vor diesem Projekt haben wir uns auch mit den rechtlichen Rahmenbedingungen für unterschiedliche Formen von Mobilität im Kontext des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens beschäftigt (*ClimMig – Climate-induced migration and the need for new legal, normative and institutional frameworks*, 2011-2013). In einem zweiten Projekt haben wir uns gefragt, ob und wie international finanzierte Projekte zur Eindämmung des Klimawandels Vertreibung und Migration nach sich ziehen (*ClimAccount – Human Rights Accountability of the EU and Austria for Climate Policies in Third Countries and Their Possible Effects on Migration*, 2014-2016). All diese Projekte wurden vom österreichischen Klima- und Energiefonds finanziert.

aa: Inwieweit gab es eine interdisziplinäre Zusammenarbeit in diesen Projekten?

MM: Ich bin Politikwissenschaftlerin, Margit ist Juristin und unsere Kollegen aus Schweden waren ein Jurist und ein Soziologe – also durchaus verschiedene Disziplinen.

aa: Woran liegt dieses Ungleichgewicht in

der Forschung, hat es empirische Ursachen? Beispielsweise, dass die Wege vieler Menschen zunächst vom Land in die Stadt führen, und dann aufgrund von mangelnden Mitteln in den Städten enden und nicht weiter in den Norden migriert wird?

MM: Generell kann man sagen – das belegen auch die Zahlen –, dass ein Großteil der Flüchtenden *Internally Displaced People (IDPs)* sind. Das Problem liegt aber auch darin, dass Mobilität ein sehr komplexes Phänomen ist, und Umweltveränderungen bzw. Klimawandel nur einer von vielen Gründen für Migration und Flucht sind. In Asylverfahren wird zunächst auf andere Aspekte geachtet. Aufgrund der Multikausalität ist es auch schwierig festzustellen, inwieweit konkrete Fälle mit Umweltveränderungen bzw. dem Klimawandel in Beziehung stehen. Die verlässlichsten Zahlen hat man immer in Bezug auf plötzlich eintretende Umweltereignisse, wie Überflutungen oder Zyklone. Hierzu sammelt das *IDMC (Internal Displacement Monitoring Centre)* jährlich Zahlen bezüglich interner Vertreibung. Dagegen gibt es bisher wenig verlässliche Zahlen, wenn es um grenzüberschreitende

Das Wort „Klimaflüchtling“ an sich ist schon ein Problem, da es von einer Monokausalität ausgeht.

Migration und um die Auswirkung langjähriger Umweltveränderungen, wie z.B. Dürren, auf Migration geht.

MA: In unserem Projekt haben wir in einer Fallstudie zu Österreich analysiert, inwieweit Umweltfaktoren in der rechtlichen Beurteilung von Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zum internationalen Schutz eine Rolle spielen.

aa: Im öffentlichen Diskurs geistert der Begriff des „Klimaflüchtlings“ bereits seit Jahren herum, vor allem auch als von der Politik geschürtes Horrorszenerario. Da verwundert es, dass es keine validen Daten dazu gibt.

MM: Das Wort „Klimaflüchtling“ an sich ist schon ein Problem, da es von einer Monokausalität ausgeht. Dies entspricht nicht der Komplexität, die Migrationsbewegungen im Kontext des Klimawandels aufweisen.

MA: Genauso können Auswirkungen des Klimawandels auch zu Immobilität führen, wenn Menschen – beispielsweise aufgrund von Dürren – jegliche Ressourcen genommen werden, die für Migration notwendig wären. Daten belegen, dass Leute aus den ärmsten Gebieten eher nicht weggehen. Für internationale Migration sind ökonomische Ressourcen erforderlich.

aa: Ist der Begriff des Klimaflüchtlings auch deswegen schwierig, weil laut *Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)* ein Flüchtling einen „berechtigten Grund vor Verfolgung“ vorweisen muss?

MA: Es ist schwierig zu verallgemeinern. Es gibt Konstellationen, in denen die Auswirkungen des Klimawandels indirekt wirken und die Definition durchaus erfüllt werden kann. Wenn der Staat zum Beispiel keine Adaptionsmaßnahmen oder Hilfsleistungen für eine bestimmte soziale oder ethnische Gruppe ergreift, sind wir klar innerhalb der Flüchtlingsdefinition. Oder Menschen, die sich aktivistisch gegen den Klimawandel einsetzen und aufgrund dessen verfolgt werden. Anders gelagert sind Konstellationen, wo argumentiert wird, dass die Auswirkungen von Klimawandel hauptsächlich arme und sozial schlecht gestellte Menschen treffen und diese daher verfolgt werden bzw. keinen adäquaten

Schutz im Herkunftsstaat erhalten. So haben wir in unserem Projekt auch Entscheidungen gefunden, wo Menschen, die von Umweltkatastrophen betroffen waren, aufgrund ihrer sozialen Gruppe (eine von Armut betroffene Gruppe) ihr Ausgeliefertsein gegenüber dem Staat vorbrachten. Es gibt aber kein Gericht, das eine solche Argumentation anerkannt hätte.

aa: In den letzten Jahren wurde Syrien hier immer wieder als Beispiel eines Zusammenwirkens von Umweltfaktoren, wie Dürren oder dem Rückgang von Agrarerträgen, mit der gleichzeitigen Zuspitzung der politischen Lage diskutiert. Ist Syrien tatsächlich ein gutes Beispiel?

MA: Wenn es in einem Land schon politische Spannungen und Diskriminierung gibt, können Auswirkungen des Klimawandels dies durchaus verschärfen. Allerdings gibt es Quellen wie den letzten Bericht des Weltklimarats, der dies relativierte, indem er den Einfluss des Klimas auf Konflikte – im Vergleich zu anderen sozioökonomischen Faktoren – als relativ gering einstuft.

MM: Medial wird sehr gerne transportiert, dass es hier einen kausalen – oder sogar monokausalen – Zusammenhang gibt. Beispielsweise, dass Klimawandel zu Ressourcenknappheit führt und diese wiederum zu Konflikten. Natürlich spielt die Umwelt eine Rolle in Konflikten, doch der Zusammenhang ist viel komplexer; eine Umweltkatastrophe führt nicht automatisch zu einem Konflikt. Beispielsweise können Katastrophen auch zu einem engeren Zusammenhalt unter den Menschen führen. In Syrien hat es schon lange Spannungen gegeben. Die Dürren der letzten Jahre haben zwar auch eine Rolle gespielt, aber nicht als Kausalität, sondern nur als ein Faktor unter mehreren.

interview

aa: In Ihrem Report bekamen zwei der untersuchten Fälle Asyl. Ist dies hier aufgrund von Begründungen bezogen auf den Klimawandel gewährt worden?

MM: In den meisten Entscheidungen, die wir analysiert haben, haben mehrere Faktoren eine Rolle gespielt. Der Weg, wie wir zu Entscheidungen gekommen sind, geschah über das *RIS (Rechtsinformationssystem der Republik Österreich)*. Dort haben wir nach Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts und dessen Vorgänger, des Asylgerichtshofs, sowie des Verwaltungsgerichtshofs und des Verfassungsgerichtshofs gesucht. Das Schlagwort „Klimawandel“ ist hierbei nicht hilfreich, stattdessen haben wir nach konkreten Wetterphänomenen bzw. Auswirkungen wie „Dürre“ oder „Überflutungen“ gesucht. Wir haben nur Entscheidungen analysiert, wo diese Schlagwörter in der rechtlichen Beurteilung und in der Beweisführung vorkommen. Bei den zwei Fällen, die Asyl bekommen haben, war dies ganz klar nicht aufgrund einer Umweltkatastrophe.

aa: Viele Antragsteller:innen bekommen kein Asyl aber subsidiären Schutz. Ist hier ein Zusammenhang mit Naturkatastrophen feststellbar?

MM: Bei subsidiärem Schutz hat das vor allem bei Antragssteller:innen aus Somalia eine Rolle gespielt. Wir haben Entscheidungen gefunden, in denen das Gericht explizit auf die Dürrekatastrophen und daraus resultierende Nahrungsmittelknappheit als bereits ausreichenden Grund für subsidiären Schutz hingewiesen hat. Ganz unabhängig vom sonstigen Sicherheitskontext. Wichtig ist, dass nicht die Dürrekatastrophe an sich herangezogen wurde, sondern die Auswirkungen auf die persönlichen Lebenssituationen der Menschen. Man konnte auch sehen,

wie sich die Wetterphänomene verändert haben und wie sich dies auch in den Entscheidungen widerspiegelt hat.

aa: Kann man Unterschiede zwischen Anträgen von Menschen verschiedener Regionen, verschiedenen Familienstands oder Geschlechts festmachen?

MM: Es wurde natürlich beurteilt, aus welcher Region die Leute kommen. Die Herkunft aus ländlichen, von der Dürre sehr stark betroffenen Regionen wurde oft berücksichtigt, wie auch die Abhängigkeit von Landwirtschaft. Grundsätzlich kann man sagen, dass Gender auch eine Rolle gespielt hat. Beispielsweise ging das Gericht bei „young, abled men“ eher davon aus, dass diese sich auch während einer Dürre noch selbst versorgen können. In Entscheidungen hinsichtlich des Herkunftslandes Somalia wurde sehr detailliert geprüft, woher die Person kommt, welcher Profession sie nachging, ob sie Familie im Herkunftsland hat und auf welche Ressourcen sie zurückgreifen kann.

MA: Zu Somalia fand sich sogar eine Entscheidung betreffend einen alleinstehenden Mann, der Angehöriger eines Mehrheitsclans war und eine Familie in Somalia hatte, dem subsidiärer Schutz gewährt wurde – allein aufgrund der schlechten Versorgungssituation. In diesem Fall war ein so großer Teil der Bevölkerung in der Herkunftsregion von dieser Nahrungsmittelversorgungsunsicherheit betroffen, dass das Gericht nicht annehmen konnte, dass die konkrete Person nicht betroffen wäre.

MM: Hier gibt es jedoch auch große Unterschiede, je nach Richter:in. Manche analysieren sehr genau, was Dürrekatastrophen für die einzelne Person bedeutet, während andere dies nicht so tun.

aa: Hatten Sie beim Vorbringen der Personen das Gefühl, dass sie noch mehr in Bezug auf Umweltfaktoren einbringen könnten?

MM: In den meisten Fällen wurde der Umweltaspekt nicht von den Leuten selbst vorgebracht, sondern vom jeweiligen Gericht geprüft. Lediglich etwa 40 % der Antragssteller:innen aus Somalia haben Umweltfaktoren selbst thematisiert. Das Bewusstsein hierüber variiert bei den Leuten je nach Herkunftsland ein bisschen: Menschen aus Afghanistan brachten Umweltkatastrophen öfter vor.

aa: Die Quote an Gewährung von subsidiärem Schutz in Korrelation mit Umweltfaktoren in den Entscheidungen, die Sie analysiert haben, liegt bei 42 % und somit etwa bei jener Quote, wie oft in Österreich grundsätzlich subsidiärer Schutz erteilt wird. Ist das als signifikanter Ausschlag in eine gewisse Richtung zu werten oder eher ein Zufall, dass dieser Prozentsatz gleich ist?

MM: Was unser Projekt belegt, ist, dass Umweltfaktoren bereits eine gewisse Rolle in den Verfahren spielen. Man kann aber nicht herauslesen, dass Umweltveränderungen zu mehr Schutz führen. Weiters haben wir aus den tausenden Ergebnissen im *RIS* nur jene herausgefiltert, bei welchen die ausgewählten Keywords bereits in der rechtlichen Beurteilung oder in der Beweisführung vorgekommen sind und in welchen mehrere Schlüsselwörter enthalten waren.

aa: Wie schaut die Situation der Beachtung des Klimawandels in Asylverfahren in Schweden aus, im Vergleich zu Österreich?

MA: Überraschenderweise gibt es einen großen Unterschied im Vergleich zu Österreich. Wir haben geglaubt, dass es in Schweden schon stärker berücksichtigt wird, weil es im schwedischen Recht eine

spezielle Kategorie gab, die speziell auf Schutz hinsichtlich „disaster displacement“ abzielte. Es stellte sich jedoch heraus, dass diese Bestimmung nicht wirklich angewandt wurde, auch nicht, wenn Leute es selbst vorgebracht haben. Es wurde auch nie so eingehend geprüft wie in Österreich. Umweltkatastrophen spielten kaum eine Rolle.

aa: Gab es dann bei den Schutzgewährungen Unterschiede?

MM: In Schweden wurden weit mehr Fälle abgelehnt. Von 181 Fällen, die sich direkt auf Umweltfaktoren bezogen, sind 91 % abgelehnt worden. In Österreich wurden dagegen nur 53 % abgelehnt.

aa: Gibt es international Bewegungen im (völker-)rechtlichen Bereich, die man: beobachten kann oder die man: auf normativer Ebene fordern und entwickeln könnte?

MA: Die Staaten haben bereits vor einigen Jahren abgelehnt, das Völkerrecht zu diesem Thema weiterzuentwickeln. Allerdings gibt es Entwicklungen auf nationaler und regionaler Ebene. Und es gibt staatengeführte Prozesse: So hat die *Nansen Initiative* – ein von Staaten geführter Konsultationsprozess – 2015 eine sogenannte *Protection Agenda* verabschiedet, die potenzielle Lösungsvorschläge enthält, um die Bedürfnisse von Menschen, die aufgrund von Umweltkatastrophen und im Kontext des Klimawandels den Herkunftsstaat verlassen müssen, zu berücksichtigen. Diese Initiative wurde anschließend von der *Platform on Disaster Displacement* abgelöst. Grundsätzlich ist wichtig, dass man – abgesehen von der Prävention von und Vorbereitung auf Umweltkatastrophen – nicht nur auf internationalen Schutz fokussiert, sondern dass man auch Maßnahmen in anderen Bereichen trifft. Beispielsweise, dass man Lö-

interview

sungen auch im Hinblick auf freiwillige Migration sucht oder bei der Visavergabe flexibler wird. So schlägt es auch die *Protection Agenda* vor.

Die EU ist derzeit Vorsitz der *Platform on Disaster Displacement*. Allerdings sieht sich die EU selbst nicht als eine Zielregion von Zuwanderung betroffener Menschen. Sie sieht ihr Aufgabenfeld in diesem Zusammenhang eher in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Gewährleistung humanitärer Hilfe. Dass sich völkerrechtlich verbindliche Normen verändern, ist also nicht in Sicht. Spannend ist aber, dass die Völkerrechtskommission der *Vereinten Nationen* gerade prüft, was der Anstieg des Meeresspiegels für den Schutz von Menschen bedeutet, wenn sie ihr Herkunftsland verlassen müssen und was dies für Staatlichkeit – relevant für kleine Inselstaaten – bedeutet. Ansonsten tut sich etwas in der Rechtsprechung. In einem Fall des *UN-Menschenrechtsausschusses* wurde festgestellt, dass die Auswirkungen vom Klimawandel per se das Refoulement-Verbot verletzen können. Wir sind gespannt, wie sich dies zukünftig auf die Rechtsprechung des *EGMR* auswirkt. Bisher gab es noch keinen Fall, in dem das Refoulement-Verbot konkret mit Klimawandel verbunden wurde.

aa: Hättet ihr abschließend noch Vorschläge zur Änderung des Systems in Österreich?

MM: Wir haben in Interviews festgestellt, dass das Bewusstsein für die Frage, wie die Auswirkungen des Klimawandels jene Menschen betreffen, die nach Österreich kommen und hier um internationalen Schutz ansuchen, noch sehr schwach ausgeprägt ist (vor allem bei den Rechtsanwält:innen, aber auch bei den Richter:innen). Das Wissen um die tiefgreifenden Auswirkungen ist längst noch nicht angekommen. Auch in der Herkunftsländerinformation

müsste das stärker aufgegriffen und aufbereitet werden.

MA: Die Rechtslage in Österreich ist generell eine spezielle, da sie bezogen auf subsidiären Schutz nicht ganz konform mit der EU-Qualifikationsrichtlinie ist, wie sie vom *EuGH* ausgelegt wird. Subsidiärer Schutz wird in Österreich gewährt, wenn eine Verletzung von Artikel 2 oder Artikel 3 der *EMRK* vorliegt, während der *EuGH* einen „human actor“ verlangt. Nachdem die österreichische Rechtslage (konkret § 8 AsylG) nicht zu Ungunsten der Antragssteller:innen ausgelegt werden darf, können auch Fälle, in denen es keinen direkten „human actor“ gibt, unter subsidiären Schutz fallen. Allerdings könnte man bei Umweltkatastrophen im Herkunftsstaat durchaus einen „human actor“ finden, da eine Umweltkatastrophe immer auch menschengemacht ist,

Die Staaten haben bereits vor einigen Jahren abgelehnt, das Völkerrecht zu diesem Thema weiterzuentwickeln.

und nicht nur ausschließlich aufgrund „natürlicher“ Ursachen entsteht, sondern in der Regel in Interaktion mit sozialen oder politischen Faktoren. Der *VFGH* verlangt in Österreich auch, dass im Zuge der Gewährung des subsidiären Schutzes Umweltkatastrophen bzw. deren Auswirkungen berücksichtigt werden müssen.

Wie bereits erwähnt, müsste man sich auch mit anderen Formen der Migration, beispielsweise Arbeitsmigration, auseinandersetzen. Eine Lösung allein im Asylbereich greift zu kurz.



Warum Angst vor Klimaflüchtlingen uns beim Klimaschutz nicht hilft

Sprüche auf Transparenten bei großen Klimademonstrationen: „Jetzt handeln oder später schwimmen“, „Fidschi bald Futschi“, „Klimaflüchtlinge Willkommen“. Angst vor Klimaflüchtlingen zu schüren, hilft nicht beim Klimaschutz – heizt aber Ressentiments gegen Geflüchtete weiter auf.

Von Sarah Louise Nash

Auf Klimademonstrationen trifft man auf viele Menschen, die Angst vor einer Zukunft haben, in der unzählige Menschen von deren Zuhause vertrieben werden. Sie haben Angst, dass Menschenrechte dabei verletzt werden. Sie haben Angst, dass die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört

werden, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Aus einer humanitären Motivation heraus betont man also gerne das Ausmaß des Problems (riesig!), die Schwere der Situation für die Betroffenen (hoffnungslos!), und die einzige Lösung (Klimaschutz jetzt!). Das Ziel ist, Bemühungen im Klimaschutz mithilfe der dramatischen Fluchtbilder anzukurbeln, und sie daher im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu platzieren.

Problematisch ist jedoch, dass die möglichen Auswirkungen dieser Argumente in dem heiklen Bereich Flucht- beziehungsweise Migrationspolitik nicht immer überdacht werden.

Stellt man die Meinungen und Interessen von Klimaschützer:innen und konservativen oder rechtspopulistischen Politiker:innen in einem so genannten Venn-Dia-

gramm dar, bei dem sich zwei Kreise überlappen, so ist die Schnittmenge dieser zwei Kreise zugegebenermaßen klein. Hier bietet die Fluchtthematik eine verlockende Möglichkeit, die Agenden zu vereinen und die Konservativen ins Klimaschutzboot zu holen. Leider funktioniert diese Taktik nur mäßig bis gar nicht. Denn eine geteilte Problemfeststellung allein heißt noch nicht, dass eine gemeinsame Vorgehensweise oder Lösungsansätze daraus entwickelt werden können.

Während Klimaschützer:innen die Klimawandel- und Fluchtproblematik als eine immer näher rückende humanitäre Katastrophe wahrnehmen, sehen Migrationsgegner:innen darin ein Problem der nationalen Sicherheit. Um das drohende Szenario zu verhindern, greifen diese Kräfte nicht zu Klimaschutzmaßnahmen, sondern investieren in Migrationsabwehr, Grenzschutz und eine Verschiebung der Verantwortlichkeit für Geflüchtete auf andere Länder. Die Konsequenz ist also nicht nur kein Fortschritt im Klimaschutz, sondern auch eine mögliche Verschlechterung der ohnehin auf Messers Schneide stehenden Flucht- und Migrationspolitik.

Vereinfachung von Lebensrealitäten

Die Instrumentalisierung von Flucht im Kontext des Klimawandels als Motivation für den Klimaschutz benötigt eine Vereinfachung der Lebensrealitäten von Menschen, die Klimafolgen ausgesetzt werden. Viele frühe Studien zu Klimawandel und Flucht beziehungsweise Migration haben alle vom Klimawandel stark betroffenen Regionen als prognostizierte Auswanderungsländer eingestuft. Das heißt, wenn ein Land oder eine Region viele Klimafolgen erleben wird, ging man davon aus, die gesamte Bevölkerung würde fliehen müssen. Hier sind aber viele andere Faktoren



in Vergessenheit geraten: Macht es einen Unterschied auf welche Klimafolgen die Menschen treffen? Welche Ressourcen haben die betroffenen Regionen zur Verfügung? Auf welche Bewältigungsstrategien können die Menschen zurückgreifen? Wie schaut es aus mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt? Hat die Heimat einen besonderen kulturellen oder spirituellen Wert für die Betroffenen?

Alle Klimafolgen sind nicht gleich

Während Warnungen von der unumgänglichen humanitären Katastrophe meistens auf ein Bild von verschwindenden oder sinkenden Inselstaaten aufbauen, ist der Meeresspiegelanstieg längst nicht die einzige Klimafolge, welche die Lebensrealitäten von Menschen nachhaltig verändert. Klimawandel bringt auch Überschwemmungen, Dürren, Hitzewellen und einen Anstieg in sowohl der Frequenz als auch der Stärke von Extremwetterereignissen wie Stürmen oder Hurrikans mit sich. Kann man die unterschiedlich betroffenen Menschen wirklich alle unter einen Hut bringen und, trotz der verschiedenen klimatischen

Klimawandel wird im „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ als Migrationsgrund erwähnt.



Unterschiedliche Faktoren zusammen – politische, soziale, ökonomische und klimatische – und bringen Menschen dazu, ein neues Zuhause zu suchen.

Bedingungen, ein ähnliches Mobilitätsverhalten erwarten?

Ein Klima der (Im)Mobilität

So unterschiedlich die Klimafolgen sind, werden auch die Migrations- oder Fluchtbewegungen von Menschen sein. Ja, infolge eines schnell auftretenden Ereignisses, wie zum Beispiel eines Hurrikans oder in Situationen jenseits der Möglichkeiten der Klimaanpassung – wie für manche kleine Inseln zu befürchten ist – werden Menschen höchstwahrscheinlich fliehen müssen. Aber wenn der Regen nicht kommt oder eine Ernte ausfällt, flieht man dann gleich? Hier werden viele Menschen sich andere Strategien überlegen: Migration ist darunter nur eine Form der Anpassung an Klimafolgen, um Lebensmittelengpässe oder Einkommensverluste zu überbrücken. Wenn der Regen immer noch fernbleibt, nimmt Migration vielleicht eine regelmäßige, zirkuläre Form an, wo ein oder mehrere Familienmitglieder saisonal arbeiten, um die Familie im Heimatort noch erhalten zu können. Letztendlich werden manche

Menschen nicht nur temporär, sondern doch permanent migrieren, entweder, weil die bereits migrierten Familienmitglieder schon ein neues Leben außerhalb des ursprünglichen Heimatortes aufgebaut haben, oder aufgrund von immer heftigeren Klimafolgen, die ein Ausharren nicht mehr möglich machen.

Wohin Menschen fliehen oder welche Zielorte für Migration ausgesucht werden, wird auch variieren. Aber die Forschung zeigt, dass ein Großteil der Menschen nie eine internationale Grenze überqueren wird. Wenn wir uns an der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention orientieren, gelten diese Menschen dann als Binnenvertriebene oder, im Fall von Migration, als Binnenmigrant:innen. Sollte es auf politischer Ebene gelingen, entsprechende Rahmenbedingungen zu verhandeln, wird es auch möglich sein, ganze Gemeinschaften – vom Dorf bis zur gesamten Bevölkerung eines Inselstaates – zu übersiedeln. Eine geplante Umsiedlung gilt für viele als die beste Chance, eine menschenrechtsfundierte Verlagerung des Wohnortes zu erreichen, allerdings nur mit reichlich Partizipation und Zustimmung der Betroffenen.

In den Diskussionen über Klimawandel und Flucht werden nicht nur die unterschiedlichen Mobilitätsformen häufig außer Acht gelassen. Auch darüber hinaus reichende Faktoren, die neben dem Klimawandel das Leben der Menschen beeinflussen, werden gerne verdrängt. In der Forschung spricht man hier von der Multikausalität. Die Idee dahinter ist ganz einfach – es gibt selten ein einziges Ereignis, das zu Migration führt. Viel mehr spielen unterschiedliche Faktoren zusammen – politische, soziale, ökonomische und klimatische – und bringen Menschen dazu, ein neues Zuhause zu suchen.

Die vergessene Gruppe

Am häufigsten übersehen werden jene Menschen, die den Heimatort nicht verlassen. Dieses Übersehen ist irgendwie verständlich. Schließlich kümmert man sich in Flucht- und Migrationsfragen meistens um Menschen, die in Bewegung sind. Allerdings werden viele Menschen Immobilitäts Erfahrungen sammeln, entweder, weil sie von ihrem Zuhause nicht weg wollen, oder, weil ihnen die Ressourcen dazu fehlen. Immerhin sind Flucht oder Migration oft ein teures Unterfangen, das sich nicht jede:r leisten kann, besonders wenn man bereits viele Ressourcen in Anpassungsstrategien investiert hat. Weiters ist Migration als Klimawandelbewältigungsstrategie kein Allheilmittel und ein neues Leben nach der Flucht aufzubauen, gelingt auch nicht jeder geflüchteten Person. Denn Geflüchtete oder Migrant:innen, die ohnehin als vulnerable Gruppen in der Gesellschaft gelten, werden sich dennoch häufig mit weiteren prekären klimatischen Bedingungen auseinandersetzen müssen.

Was macht die Politik?

Wie es vielleicht zu vermuten ist, werden die Antworten auf Flucht und Migration im

Kontext des Klimawandels genau so vielfältig sein, wie die Klimafolgen oder die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen. Auf internationaler Ebene kommen Lösungsansätze aus vielen verschiedenen Richtungen. Flucht und Migration werden seit einem Jahrzehnt bei den internationalen Klimaverhandlungen der *Klimarah-*

Das Ziel ist, Bemühungen im Klimaschutz mithilfe der dramatischen Fluchtbilder anzukurbeln.

menkonvention der Vereinten Nationen (UNO) eifrig diskutiert. Klimawandel wird prominent als Migrationsgrund im „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ erwähnt. Die Ziele für „Nachhaltige Entwicklung“ (SDGs) und das „Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge“ beinhalten Paragraphen, die sich mit Klimawandel beziehungsweise Flucht oder Migration befassen. Die Plattform zu katastrophenbedingter Vertreibung setzt sich mit der internationalen Flucht im Kontext von Katastrophen und Klimawandel auseinander. Es gibt unzähli-



Trotz möglichst starker Klimaschutzbestrebungen wird es Klimafolgen geben, die unvorstellbare Auswirkungen für Menschen weltweit haben werden.



Flucht- oder Migrationswege enden nicht immer an Orten, die von Klimafolgen weniger betroffen sind.

ge regionale Ansätze, Gremien und Arbeitsgruppen, die das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten und nach bewährten Ansätzen und Musterlösungen suchen oder Regierungen bei der Umsetzung unterstützen.

Das Traurige dabei ist, Flucht- beziehungsweise Migrationspolitik bleibt in den meisten Nationalstaaten im Globalen Norden ein sehr heikles Thema. Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien veranlassen einen Rechtsruck und Einschränkungen auch in der politischen Mitte, die dadurch

Regionale Ansätze, Gremien und Arbeitsgruppen, betrachten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven.

keine Wählerschaft verlieren will. Es gibt aktuell zahlreiche Vorschläge, Asylprozesse an Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union auszulagern, aber gleichzeitig eine Weigerung von EU-Staaten, sich an Resettlement-Programmen des *UN-Flüchtlingshochkommissariats* zu be-

teiligen, um dem Problem von irregulären Grenzübertritten entgegenzuwirken.

Ein Blick in eine Zukunft, in der wir leben wollen

Die Politik tut sich jetzt schon schwer, Schutz für Geflüchtete zu gewährleisten (oder gewährleisten zu wollen), und ist gehemmt, neue Instrumente zum Schutz von Schutzsuchenden einzuführen. Es gilt daher als unwahrscheinlich, dass die gleiche Politik offen und verantwortungsbewusst auf Prognosen für große zukünftige Gruppen von geflüchteten Personen und Migrant:innen reagieren wird. Kehren wir also zu den am Anfang des Textes erwähnten Drohbildern zurück. Vor dem Hintergrund der Komplexität und der Vielfalt der Lebensrealitäten scheinen diese Bilder ungenügend, um der Problematik gerecht zu werden. Außerdem erwecken sie kein neues Klimabewusstsein bei Rechtspopulist:innen. Diese Bilder sind somit aus sowohl normativen als auch praktischen Gründen in der Klimapolitik und beim Aktivismus fehl am Platz.

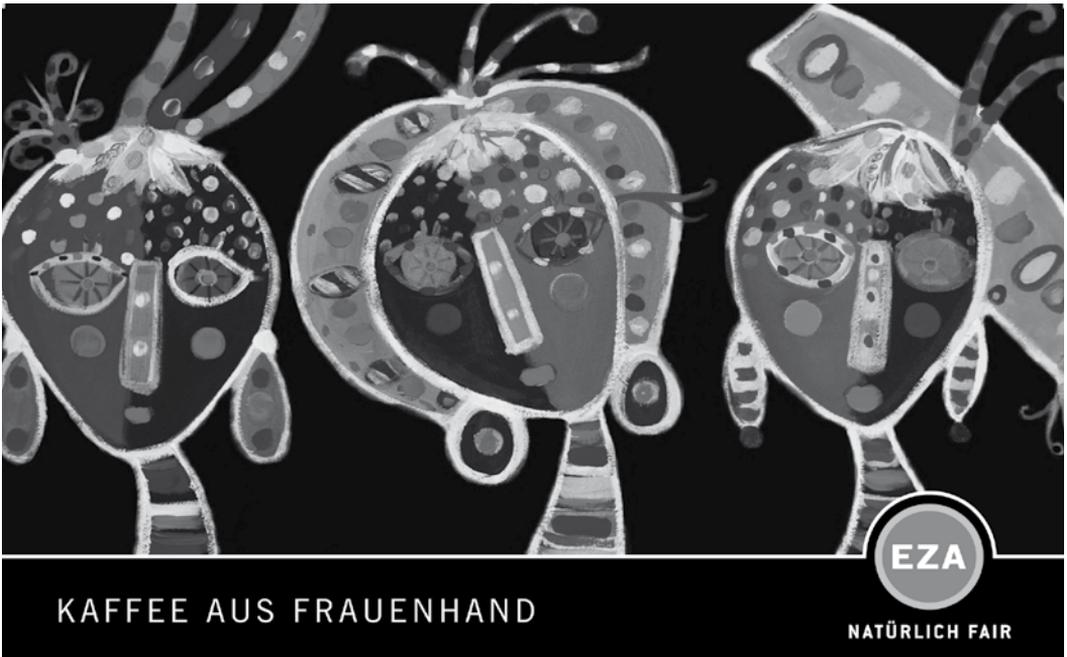
Stattdessen müssen wir uns fragen, wie wir mit Mobilität und Immobilität von Menschen in einer Welt mit immer stärker

auftretenden Klimafolgen umgehen wollen. Wie gehen wir an das Thema klimabedingter Flucht und Migration heran, ohne die genannten und bekannten Drohbilder zu erwecken? Wie zentrieren wir geflüchtete Personen und Migrant:innen in Aktivismus, Berichterstattung und Politikgestaltung, statt auf den Schutz der eigenen Grenzen zu pochen? Oder noch tiefliegender: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Eine klimaneutrale Gesellschaft, so sehr wir sie brauchen, die aber Menschen aufgrund deren Flucht- oder Migrationsgeschichte ausgrenzt, ist keine Gesellschaft, in der ich leben will. Denn auch mit möglichst starken Klimaschutzbestrebungen wird es Klimafolgen geben, die unvorstellbare Auswirkungen für Menschen weltweit haben werden. Hand in Hand mit Klima-

schutzbestrebungen geht es bei den Themen Klima und Flucht beziehungsweise Migration also darum, einen positiven Diskurs zu Flucht und Migration aufzubauen, sodass die Anwesenheit von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft als etwas Positives dargestellt wird und eine Grundlage für mehr Schutz- und Aufnahmebereitschaft geboten wird.

Sarah Louise Nash ist Politikwissenschaftlerin an der Universität für Bodenkultur und an der Universität für Weiterbildung Krems.





Berufliche Zukunft mit der Sonne

Betriebe suchen händeringend junge Menschen im Bereich Solartechnik. Junge Asylsuchende noch während des Asylverfahrens für das Berufsfeld zu interessieren und – statt sinnlosem Warten – erste Schritte zur Arbeitsmarktintegration anzubieten, das hat sich ein ambitioniertes Projekt in Wien vorgenommen.

Die Zeit des Asylverfahrens ist für die meisten jungen Asylwerber:innen eine verlorene Zeit. Sie können während ihres Asylverfahrens weder arbeiten noch eine Berufsausbildung machen. Das heißt, dass sie auch bei großem Engagement im Bereich der Basisbildung und sogar durch das Erreichen des Pflichtschulabschlusses kaum weiterführende Ausbildungsperspektiven haben. In ähnlicher Weise verhält es sich für Personen, die im Heimatland bereits

ein Studium begonnen oder absolviert haben, es aber in Österreich nicht fortsetzen können. Für viele dieser Menschen ergibt sich selbst nach einem positiv abgeschlossenen Asylverfahren keine Möglichkeit an ihre (Hochschul-)Ausbildung anzuknüpfen. Jene, die über geringere oder keine Bildungsabschlüsse verfügen, bleiben mehrheitlich als unqualifizierte Arbeitskräfte im Niedriglohnsegment hängen.

Ausbildung statt Warten

Das Problem, eine adäquate Ausbildung für junge Geflüchtete zu finden, kennen sowohl hauptamtliche Flüchtlingsbetreuer:innen als auch Ehrenamtliche, die sich als Pflegeeltern, Pat:innen oder Mentor:innen um Fluchtwaisen kümmern.

Auch der pensionierte Elektrotechniker Norbert Siegl und sein Pflegesohn, den er 2016 mit 14 Jahren bei sich aufnahm, haben diese Erfahrung gemacht. „Ich habe gesehen, dass die Verfahren sehr lange



dauern und die Jugendlichen in dieser Zeit nur sinnlos herumgesessen sind“, erzählt er von den Anfängen des Projekts *Lehrgang Solartechnik für Asylwerber:innen*. Siegl dachte die Lage der jungen Flüchtlinge mit dem angesichts der Klimakatastrophe immer größer werdenden Interesse an Solartechnik und dem Mangel an Fachkräften zusammen. Die Idee: die Zeit des Wartens zu nutzen, um den Wartenden die Grundlagen der Solartechnik zu vermitteln.

Siegl ist seit Jahren bei der entwicklungspolitischen Initiative *Ingenieure ohne Grenzen (IoG)* engagiert, die in Ländern des Globalen Südens vielfältige Projekte durchführen. In Österreich hatten die Ingenieure allerdings noch wenig Erfahrung. Siegl suchte und knüpfte also Kontakte mit Organisationen im Flüchtlingsbereich, unter anderem mit der *Volkshilfe*, der *asylkoordination* und dem *Don Bosco Sozialwerk*, dessen Bildungsinitiative *AMOS* sich als der ideale operative Partner für die Umsetzung von Norbert Siegls Idee erwies. *AMOS* weiß aus langjähriger Erfahrung, dass das Interesse an technischen bzw. handwerklichen Berufen in dieser Zielgruppe sehr groß ist.

Daher konnte gemeinsam mit *IoG* ein viermonatiger Lehrgang erarbeitet werden, in dem sich technische und Allgemeinbildung sinnvoll ergänzten. *IoG* stellte in diesem Lehrgang die personellen Ressourcen, um die technische Ausbildung inklusive der Praxiseinheiten mit dem entsprechenden Expert:innen-Wissen zu ermöglichen. *AMOS* unterstützte den Lehrgang mit

Wenn sie in ihr Herkunftsland zurückgehen müssen, können sie dort eine einfache Anlage zusammenbauen.

Die Idee ist, technische Ausbildung mit dem Erlernen der deutschen Fachsprache zu verbinden.

Deutschtrainer:innen zur Vermittlung der Basisbildung als Grundlage und Ergänzung. So erlangten junge Menschen mit Fluchterfahrung Basiskenntnisse im Bereich Solartechnik, die ihnen den Einstieg in eine weiterführende Ausbildung im Bereich erneuerbarer Energie erleichtern sollte.

Klaus Hofstätter, Leiter des Projekts *connecting people* der *asylkoordination*, hatte am Anfang des Projekts die beteiligten Organisationen miteinander be-



Vermittelt wurden Basiswissen und grundlegende Fertigkeiten im Bereich Solartechnik.

kannt gemacht und geholfen Teilnehmer:innen zu finden. „Die Idee, den Aspekt der technischen Ausbildung mit dem Erlernen der deutschen Fachsprache zu verbinden, war toll“, erinnert er sich, „dadurch hatten die Absolvent:innen einen erheblichen Vorteil bei der Suche nach weiteren Ausbildungen bzw. Jobs.“ „Aber auch wenn sie in ihr Herkunftsland zu-

halfen die erfahrenen Deutsch-Trainer:innen oder Teilnehmer:innen, die schon sehr gute einschlägige Deutschkenntnisse hatten, immer die richtigen Begriffe zu finden. Eine Verbesserung der Deutschkenntnisse war integraler Teil des Projekts.

Die Gruppe, die sich für den ersten Lehrgang zusammenfand, war sehr heterogen, erinnert sich Norbert Siegl: „Manche wussten schon viel. So betrieb ein junger Mann eine Elektrofirma im Irak. Andere hatten noch keinen Schulabschluss. Die ersten zwölf Teilnehmer:innen kamen aus den wichtigsten Herkunftsländern Syrien, Afghanistan und Somalia. Eine junge Frau war auch mit von der Partie.“ Zu den großen Belastungen, wie der unsichere Aufenthaltsstatus, die prekäre finanzielle Situation und Herausforderungen wie der Sicherstellung der Kinderbetreuung, kamen schließlich noch Einschränkungen durch die Pandemie hinzu. Wer keinen negativen Test vorlegen konnte, durfte nicht mitmachen. Manche mussten wegen eigener Erkrankung oder positiv getesteter Familienmitglieder länger in Quarantäne bleiben.

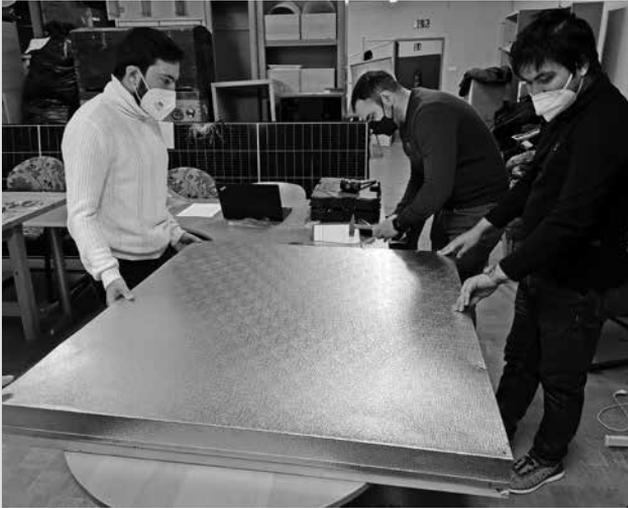
Trotzdem schafften 2/3 der Teilnehmer:innen, den Kurs positiv abzuschließen.

Es gibt noch keinen spezialisierten Lehrberuf für Solarteur:innen.

rückgehen müssen, können sie dort eine einfache Anlage zusammenbauen“, ergänzt Norbert Siegl die Überlegungen, die am Beginn der Initiative standen.

Basisbildung und solares Wissen

Um an dem Projekt teilnehmen zu können, mussten die jungen (18 bis 30 Jahre) Asylwerber:innen, Asylberechtigten oder subsidiärer Schutzberechtigten ausreichend Deutschkenntnisse mitbringen. Wobei das Fachvokabular trotzdem einige Herausforderungen mit sich brachte. Hier



Wie schwierig die Situation vor allem für Menschen im laufenden Asylverfahren ist, zeigte sich, als ein Teilnehmer nach einem negativen Asylbescheid nicht mehr auftauchte. Ein anderer bekam zwar Asyl, musste aber den Kurs abbrechen, weil er vom AMS zu einer Kursmaßnahme zugebucht wurde. Im Fall einer Ablehnung hätte er die Mindestsicherung verloren.

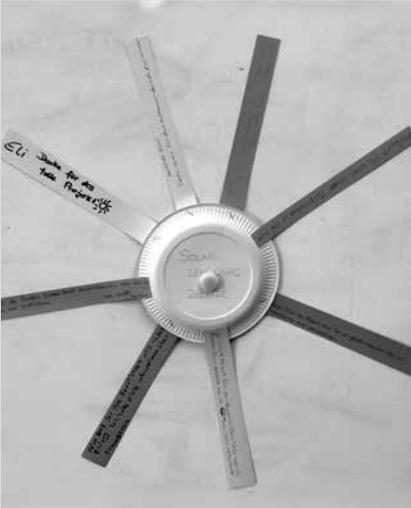
Ziel des Projekts war also keine komplette Ausbildung, sondern ein Heranführen der Teilnehmer:innen an ein für viele unbekanntes Feld. Ungeachtet der Tatsache, dass es nach wie vor keinen entsprechend spezialisierten Lehrberuf für Solar-techniker:innen gibt, sondern lediglich ein Modul Energietechnik in der Lehre zur/zum Elektrotechniker:in, ersetzt der Kurs freilich keine Berufsausbildung nach österreichischen Standards. Er wurde jedoch gezielt darauf abgestimmt, den Einstieg in diese Sparte zu erleichtern. Vermittelt wurden Basiswissen und grundlegende Fertigkeiten im Bereich Solartechnik und die damit verbundene Fachsprache. Die Kurs- teilnehmer:innen sollten nach der Ausbildung in der Lage sein, Solaranlagen zu installieren und instand zu halten. Für viele

war es auch eine erste Begegnung mit den umfangreichen Regeln und Normen, mit denen sich Handwerker:innen in Europa konfrontiert sehen.

Die praktischen Ausbildungsmodul- e fanden teilweise in Kooperation mit der *FH Campus Wien* statt. Auch hier erwies sich die Pandemie als lästige Hürde und führte dazu, dass diese Module erst nach dem Ende des eigentlichen Lehrgangs stattfinden konnten.

Ergänzend zur technischen Ausbildung wurden für die Teilnehmer:innen auch die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch angeboten, einerseits um allgemeinbildende Basiskenntnisse zu festigen, andererseits um die Inhalte an die technischen Anforderungen anzupassen. Die Teilnehmer:innen sollten nicht nur die mathematischen Grundlagen der Technikein- heiten vermittelt bekommen, sondern auch dazu ermächtigt werden, entsprechende Fachliteratur sowohl in Deutsch als auch in Englisch zu lesen und zu verstehen. Ein zusätzlicher Schwerpunkt wurde auf das Schreiben von Texten – insbeson- dere Bewerbungen – gelegt.

Herausforderung Pandemie: Wer keinen negativen Test vorlegen konnte, durfte nicht mitmachen.



Alle Beteiligten sind zuversichtlich, dass das Projekt eine Fortsetzung findet.

Der Stoff der Lehrgangsmodule umfasste folgende Bereiche:

- Grundlagen der Elektrotechnik: Spannung, Strom, Widerstand, Energie, Leistung; Ohm'sches Gesetz, Umrechnung Leistung/Strom/Spannung; Grundlagen der Hydraulik; Bernoulli-Gleichung; Leistungsberechnung, Druckverlustberechnung
- Photovoltaik: Komponenten; Solarzellen/ Paneele, Speicher (Batterie), Ladeschaltung, Wechselrichter; Funktion
- Solarthermie Komponenten; Kollektor, Puffer, Klappen, Ventile, Kugelhahn, Pumpen; Funktion
- Vorbereitung auf die Praxismodule (Vorstellung der Komponenten; Verwendung der Werkzeuge, Multimeter; Sicherheitsvorschriften/Gefahrenweisung)
- Modul Photovoltaik (Aufbau einer Photovoltaikanlage, Inbetriebnahme und Test , Wartung)

Jede:r Kursteilnehmer:in erhielt nach positivem Abschluss ein entsprechendes Zertifi-

kat, eine kleine Werkzeugausstattung und ein Messgerät (Multimeter). Nach den ersten zwei erfolgreichen Durchgängen haben sich die Voraussetzungen für das Projekt geändert: Die Asylverfahren werden in deutlich kürzerer Zeit (nicht mehr mehrere Jahre) abgewickelt, weshalb die meisten Schutzsuchenden nicht schon während des Wartens auf den Asylbescheid Deutsch lernen. Aus diesem Grund fanden sich zuletzt für einen neuen Durchgang nicht genügend Teilnehmende. Aber der Lehrgang soll in jedem Fall – mit erweiterter Zielgruppe – weitergeführt werden. „Wir würden gerne den Kurs durch das AMS zertifizieren lassen, aber das ist sehr aufwändig“, berichtet Norbert Siegl und stellt fest: „Auf der anderen Seite – und das erlebe ich gerade mit meinem Sohn – ist es für Geflüchtete sehr schwer in Wien eine Lehrstelle zu bekommen.“

Alle Beteiligten sind nichtsdestotrotz zuversichtlich, dass das Projekt eine Fortsetzung findet. *IoG* sammelt bereits Spenden für den neuen Lehrgang.

https://www.iog-austria.at/iog_project/solar-asyl



Repression und multiple Krisen

Im August jährte sich die erneute Machtübernahme der Taliban in Afghanistan. Eine ausführliche Bilanz der Entwicklungen der letzten 14 Monate. Von Thomas Ruttig

Sie habe schon immer Burka getragen, wenn sie dienstlich über Land fuhr, erzählt Chatera* am Telefon. „Das war meine eigene Entscheidung. Ich kann schwer ertragen, dass mir das jetzt aufgezwungen wird“, sagt sie, und meint damit die Anordnung der Talibanregierung vom Mai, laut der alle afghanischen Frauen in der Öffentlichkeit ab sofort Körper und Gesicht verhüllen müssen. Für Paschtana*, die in Kabul für eine NGO arbeitet, ändert sich wenig: „Unsere Eltern waren schon vor den Taliban Moslems, haben darauf geachtet, was ihre Töchter tragen und dass die Frauen sich verschleiern.“

Saleha*, Lehrerin in Balch, erzählt, dass viele Frauen sich dem Schleierdekret unterwürfen, weil sie den Taliban „keinen

Vorwand liefern wollen, die Schulen zu schließen“. Balch gehört zu den – neun, nach anderen Angaben 13 – afghanischen Provinzen, von insgesamt 34, in denen weiterführende staatliche Mädchenschulen weiterhin offen sind. (Private Mädchenschulen sollen landesweit ohne Altersbeschränkung offen sein. Auch NGOs berichten, dass ihre Schulen weiterarbeiten können.) „Die Mädchen in meiner Heimatstadt Bamian kümmern sich nicht darum, was die Taliban denken“, sagt wiederum Schah Gul*. Dann relativiert die frischgebackene Uni-Absolventin jedoch: Weil die neuen Herrscher angekündigt haben, sie würden ihre Väter oder Brüder für Verletzungen der Vorschrift zur Verantwortung ziehen, befolgten viele Mädchen sie doch, um ihre Familien zu schützen.

Proteste werden unterbunden

Diese Variante von Sippenhaft gehört zum Instrumentarium, mit dem die Taliban nach dem schmachvollen Abzug des Westens und ihrer Machtübernahme im August 2021 ihre Vorstellung einer islamischen Ordnung umsetzen wollen. Dabei wollen sie sich vom Westen nicht hereinreden las-

Mitarbeit: Sayeda Rahimi, Kabul

* Die Namen der interviewten Frauen wurden zu ihrem Schutz verändert.

sen. Und auch im Innern erklärten sie jegliche friedliche Opposition, die sich „außerhalb der Scharia“ bewegt, zur „Rebellion“: Seit März gibt es keine öffentlichen Proteste von Frauen mehr, die nach der Machtübernahme der Taleban immer wieder in kleinen Gruppen unter Slogans wie „Brot, Arbeit, Freiheit“ auf die Straße gegangen waren und damit die politische Hegemonie der Taleban herausgefordert hatten. Viele ziehen sich in Privaträume und soziale Medien zurück und posten dort ihren Protest. Zuletzt protestierten Mitte September Mädchen und ihre Lehrerinnen in Gardes und Tsamkanai in der Südostprovinz Paktia, nachdem dort ihre bis dahin offenen und von örtlichen Stammesführern unterstützten Schulen ebenfalls geschlossen wurden. Ende September gingen in Kabul Mädchen in Unterstützung der protestierenden iranischen Frauen auf die Straße. In beiden Fällen unterbanden die Taleban die Proteste schnell. Eine junge Kabulerin, Teil der Protestbewegung, nutzt den Schleier, „damit ich von den Taleban nicht erkannt und verhaftet werde“.

Zusätzlich verspielten die Taleban die Chance, die Mitarbeiter der alten Regierung für sich zu gewinnen und somit ein halbwegs reibungsloses Weiterfunktionieren des Staatsapparats sicherzustellen. Trotz eines Amnestieversprechens kommt es immer wieder zu Festnahmen, sogar Morden, von denen niemand mit Gewissheit sagen kann, ob da alte Rechnungen aus einem Krieg beglichen werden, den alle Seiten extrem brutal führten, oder ob das die Politik der Talebanführung ist, um möglichen Dissens zu unterdrücken.

Es mehren sich Berichte, denen zufolge die Taleban ehemalige Angehörige der Sicherheitskräfte der Vorgängerregierung und von ins Ausland geflohenen ehemaligen Mitarbeitern westlicher Stellen fest-

nehmen, im ersten Fall, um sie daran zu hindern, sich bewaffneten Widerstandsgruppen anzuschließen. Auch dabei kommt es zu Sippenhaft. Werden sie Gesuchten nicht angetroffen, nehmen die Taleban Familienmitglieder als Geiseln oder setzen sie anderweitig unter Druck. Immerhin kommen die Betroffenen in den meisten Fällen nach wenigen Tagen wieder frei. Aber er gibt auch Fälle von Menschen, die „verschwunden“ sind, also offenbar länger festgehalten werden, und von erwiesenen extralegalen Erschießungen.

Die Medien stehen nicht unter voller Taleban-Kontrolle. Die Taleban haben die bisherigen Staatsmedien wie die Nachrichtenagentur Bachtar (BIA), die Kabul-Times und Radio/TV Afghanistan (RTA) übernommen und wieder aktiviert.

Eine Reihe unabhängiger Medien kann zwar weiter im Land arbeiten und berichtet zum Teil kritisch, übt aber nach Warnungen der Taleban sichtbar Selbstzensur.

Taleban in doppeltem Dilemma

Insgesamt sorgt die erratische Politik der Talebanführung und ihr mangelnder gesetzlicher Rahmen dafür, dass sich niemand in Afghanistan sicher sein kann, wann er oder sie unsichtbare rote Linien individueller Taleban-Kämpfer oder -Kommandeure übertritt und Strafen riskiert. Gleichzeitig kommt, wie bereits während der ersten Herrschaft der Taleban, ihre Religions- und Sittenpolizei *Amr-bil-Maruf* kaum hinterher, alle Verbote durchzusetzen. Die erratische Politik lässt gleichzeitig auch Taleban-Akteuren auf Provinz- oder Distriktebene weiten Spielraum, der in beide Richtungen ausschlagen kann: entweder hin zu sogar noch mehr Repression oder etwa dazu, dass mancherorts weiterführende Mädchenschulen eben doch weiterarbeiten können.

Damit haben die Taliban sich in ein doppeltes Dilemma manövriert, das ihr Regime in eine Legitimationskrise stürzt. Zum einen haben ihre Unterdrückungsmaßnahmen – wie bereits während ihrer ersten Herrschaft von 1996 bis 2001 – in die internationale Isolation geführt.

Denn der Westen versagt dem Talibanregime die politische Anerkennung. Die sogenannten Geberstaaten verhängten Sanktionen und froren afghanische Guthaben im Ausland ein. Dadurch bleiben Entwicklungszahlungen aus, die unter der alten Regierung drei Viertel der Staatsausgaben deckten. In bisher regierungsgeführten Bereichen wie dem Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei NGOs fielen seitdem massenhaft Jobs weg. Zudem drängten die Taliban bzw. die Angst vor ihnen viele Frauen aus der Lohnarbeit. Das alles führte in eine humanitäre Krise und zu einem Zusammenbruch großer Bereiche der Wirtschaft.

Humanitäre Krise

Laut *UNO* verzeichneten seit August 2021 acht von zehn Haushalten deshalb „drastische“ Einkommensrückgänge. Die Armutsquote liegt über 90 Prozent; die Hälfte der Bevölkerung steht vor dem herannahenden Winter weiter am Rande des Hungers. Das seien „mehr Menschen als in jedem anderen Land der Welt“, so Martin Griffiths, UN-Koordinator für Humanitäres, im Juni vor dem Weltsicherheitsrat. Er befürchtet ein ähnliches Szenario zum Jahresende: „Die meisten ländlichen Haushalte werden ihre Nahrungsmittelreserven in diesem Jahr gefährlich früh aufgebraucht haben – wegen der schlimmsten Dürre seit 30 Jahren.“

Da der Westen diese humanitäre Krise nicht ignorieren kann, hat sich unterhalb der Schwelle einer diplomatischen Anerkennung eine pragmatische Kooperation zwischen den „de-facto-Autoritäten“, wie

der Westen die Taliban nennt, und Hilfswerken herausgebildet. Die USA gaben Gelder wieder frei, die über die *UNO* an ein NGO-Konsortium in Afghanistan – und damit an den Talibanbehörden vorbei – geleitet werden. Das gab es bereits vorher bei der Bekämpfung von Covid-19, der Polio-Immunsierung und griff auch bei der Überwindung

Die Taliban bekämpfen die Korruption wirksamer als die westlich gestützte Regierung.

der Folgen der Erdbebenkatastrophe im Juni 2022 in Südostafghanistan. Normalisieren die Taliban ihr Verhältnis zum Westen nicht wenigstens teilweise, könnte das zusammen mit der sich verschärfende zyklische Dürre zu einer Dauerkrise führen.

Zum Zweiten: Finden sie mittelfristig keine Lösungen für die Wirtschaftskrise, könnten sich nicht nur jene Teile der Bevölkerung gegen sie wenden, die ihnen bisher zugutehielten, dass sie mit ihrem Sieg den Abzug der ausländischen Truppen, den Zusammenbruch der alten Regierung und damit ein Ende des Krieges herbeigeführt haben, sondern auch die, die aus Angst jetzt noch stillhalten oder sich anpassen. Es ist im Westen viel zu wenig bekannt, welches Ausmaß von Gewalt auch die früheren Regierungstruppen und ihre ausländischen Verbündeten im Kampf gegen die Taliban anwandten und damit große Teile der Landbevölkerung gegen sich aufbrachten.

Wirtschaftspolitik trotz Sanktionen

Millionen Menschen leben bereits seit Jahren in Gebieten unter Talebankontrolle und hatten gar keine andere Wahl als sich anzupassen. „Es gibt keinen offenen Protest gegen die Taliban“, berichtete der Analyst Sahil Af-

ghan Ende 2020, „aber nicht, weil es nichts zu beschweren gibt, sondern weil die Leute es für zu gefährlich halten.“

Sollten die Taleban dem Wunsch nach mehr Offenheit nachgeben, könnte das aber auch zu Brüchen im eigenen Lager führen. Immerhin hatte ihr Führer Hebatullah Achundsada angekündigt, dass es bei der Umsetzung der Scharia „keine Kompromisse“ geben werde und er schrittweise alle weltlichen Gesetze abschaffen will. Fraglich ist allerdings, wie viele Mitglieder selbst der inneren Talebanführung diesen Kurs mittragen. Sogar unter ihnen wird immer wieder die Forderung nach Wiedereröffnung aller Mädchenschulen laut. Gleichzeitig aber folgen sie bisher weiter der Parteilinie, um die Einheit der Talebanbewegung nicht zu kompromittieren.

Während die Taleban vor 2001 die Versorgung der Bevölkerung weitestgehend der UN und Nichtregierungsorganisationen überließen, sind heute immerhin Ansätze einer Wirtschaftspolitik erkennbar. Ihre Minister verhandeln mit Vertretern Washingtons und der Weltbank um die Freigabe der eingefrorenen afghanischen Staatsguthaben. Inzwischen wurde in der Schweiz ein Fonds eingerichtet, in den die USA einen Teil der eingefrorenen Gelder überweisen soll, die dann über die UN humanitären Zwecken zugeleitet werden sollen. Das ist aber bisher noch nicht geschehen, da die Taleban den *al-Qaida*-Anführer Aiman al-Sawahiri in Kabul beherbergten, was die USA als Bruch ihres Abkommens mit den Taleban vom Februar 2020 betrachten. Dort wurde er Ende Juli durch einen US-Drohnenanschlag getötet.

Mit dem deutlich gesteigerten Kohleexport nach Pakistan, das die weltweite Brennstoffkrise hart traf, ist den Taleban bei der Einnahmensteigerung aber ein kleiner Coup gelungen. Allerdings stagniert

der Handel mit den anderen Nachbarn wie Iran und Zentralasien.

Dafür bekämpfen die Taleban im eigenen Land die Korruption wirksamer als die alte, westlich gestützte Regierung und erhöhten auch dadurch die Staatseinnahmen aus Steuern und Handel. Das Kriegsende erlaubt insgesamt wieder mehr Wirtschaftstätigkeit. Und sie lassen dem aktiven Privatsektor freien Raum, der neben der agrarischen Subsistenzwirtschaft in allen kriegsbedingten Krisen der letzten 40 Jahre das Überleben der Bevölkerung sicherte, erließen Kleinunternehmern sogar Steuern. Allerdings fehlt es Unternehmern und Händlern an Kapital und damit oft auch an Rohstoffen.

Im Privatsektor dürfen auch Frauen weiterhin arbeiten. Denn auch der Ausschluss der Frauen aus der Arbeitssphäre ist keineswegs total. Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) ging die Zahl der arbeitenden Frauen seit vorigem August zwar um 21 Prozent zurück, doch hätten damit noch immer vier von fünf der früher arbeitenden Frauen weiter ein Einkommen – wenn auch die Löhne fallen (viele Unternehmer kommen nicht an Bargeld) und die Inflation zunimmt. Dem Privatsektor lassen die Taleban offenbar freie Hand, solange Frauen nicht mit Männern im gleichen Raum arbeiten. Die meisten Frauen sind laut ILO im Textilgewerbe beschäftigt. Viele arbeiten auch bei Privatbanken.

Den Taleban zufolge arbeiten sogar die meisten der zuvor bei Regierungsstellen beschäftigten 120.000 Frauen wieder, auch dort von den Männern getrennt. Westliche Journalist:innen bestätigen dies für die technischen Abteilungen etwa des Finanzministeriums. Allerdings ist unklar, ob die Taleban auch jene Frauen zählen, die sich nur einmal pro Woche an ihrem Arbeitsplatz zum Einschreiben melden

müssen, um weiter ihr Gehalt zu bekommen, wie Schugufa* erzählt, die in Herat bei der Stadt arbeitet.

Gleichzeitig wird den Taleban vorgeworfen, dass sie die Auswahl von Studienfächern für Studentinnen eingeschränkt haben. Sie kontern mit der Feststellung, für manche Fachrichtungen hätten sich nicht genügend junge Frauen gemeldet. Klar ist: Ihre vorangegangenen Einschränkungen haben sicher dazu geführt, dass weniger Mädchen studieren wollen (bzw. sich trauen) und auch Eltern aus Furcht ihre Bewegungs- und Wahlfreiheit einschränken.

Die Hälfte des Talebanbudgets fließt laut dem Wirtschaftsmagazin *The Economist* allerdings in den Bereich Verteidigung, obwohl sich das Regime nur marginalen inneren und keinen äußeren Bedrohungen gegenüber sieht. Die Talebanführung muss ihre Kämpfer weiterbezahlen, denn sie kann sie nicht demobilisieren, weil die schrumpfende Wirtschaft sie nicht absorbieren kann. Der Gesamtetat von umgerechnet 2,6 Milliarden US-Dollar ist schon mit einem Defizit von 500 Millionen belastet. Offenbar hoffen die Taleban, das Loch durch erhöhte humanitäre und Entwicklungsgelder sowie Steuererhöhungen zu stopfen.

Das Regime sitzt fest im Sattel

Bisher dominiere in der Talebanführung „noch die Ideologie über Pragmatismus“, wie der afghanische Journalist Fazelinullah Qazizai schreibt. Dort haben die Ultrakonservativen um Hebatullah die Oberhand, wenn vielleicht auch nicht zahlenmäßig. Der pragmatischere Flügel um Vizeregierungschef Mulla Abdul Ghani „Baradar“ und die „Prinzlinge“ Seradschuddin Haqqani und Mulla Muhammad Yaqub wollen „Gott und dem Land“ dienen, wie der afghanische Medienunternehmer Saad Mohseni schrieb, Hebatullah und sein Kreis „Gott allein“.

Haqqani ist der Sohn Dschalaluddin Haqqanis vom sogenannten Haqqani-Netzwerk, einer regionalen Taleban-Untergruppe, die für ihre engen Beziehungen zu Pakistans Geheimdienst ISI bekannt ist und die viele während des Krieges bis 2021 für die terroristische Avantgarde der Taleban hielten; Yaqub Sohn des in der Bewegung fast heiliggesprochenen Taleban-Gründers Mulla Muhammad Omar. Als Innen- bzw. Verteidigungsminister bekleiden sie Schlüsselpositi-

Langfristig die größten Probleme gehen von der Wirtschafts- und humanitären Krise aus.

onen und stehen für eine jüngere Generation von Taleban-Führern, die dereinst wohl die Macht übernehmen wird.

Ob und wann die Führungsgruppe um Hebatullah begreifen wird, dass der Ausschluss von Frauen und Mädchen aus weiten Bereichen des öffentlichen Lebens mit der Welt des 21. Jahrhunderts nicht vereinbar ist, ist unklar. Woher Ärztinnen und Lehrerinnen kommen sollen, wenn der weibliche Nachwuchs aus den Universitäten ausbleibt, ist ihr Geheimnis. Ihre Mitglieder verweigern jeglichen Direktkontakt mit westlichen und sogar den meisten internationalen islamischen Akteuren. Allerdings sind sie weiter deutlich an einer internationalen Anerkennung und einer Aufhebung der Sanktionen interessiert. Mohseni geht davon aus, dass eine Machtübernahme der jüngeren Pragmatiker „wahrscheinlich evolutionär und nicht durch einen Coup“ erfolgen wird.

Trotzdem sitzen die Taleban ein Jahr nach ihrer erneuten Machtübernahme mangels einer organisierten Opposition auf absehbare Zeit fest im Sattel. Ähnlich wie

alle Vorgängerregierungen sind sie allerdings nicht in der Lage, das gesamte Territorium permanent zu besetzen und zu kontrollieren.

Marginaler bewaffneter Widerstand

Die anhaltenden, wenn auch sporadischen und begrenzten Proteste von Frauen gefährden – mangels unterstützender zivilgesellschaftlicher Strukturen – ihre Herrschaft nicht. Dasselbe gilt für den zersplitterten bewaffneten Widerstand in Teilen von Nord-Afghanistan, mit dem Zentrum im Pandschir- und Andarab-Tal, und die Terrorangriffe des örtlichen Ablegers des Islamischen Staates (ISKP), denen eine breitere soziale Basis fehlt. Die bewaffneten Widerstandsgruppen sind wenig populär, da sie ähnliche terroristische Mittel einsetzen wie die Taliban während ihrer insurgency-Phase, oder auf Fraktionen zurückgehen, die Bestandteil des korrupten politischen Systems vor 2021 waren, aber auch, weil sie für ihren Ethnozentrismus bekannt sind. Ähnliches gilt für die im Exil entstehenden neuen Parteien.

Die Führung der wohl stärksten bewaffneten Gruppe, der Nationalen Widerstandsfront (NRF), befindet sich mit russischer Duldung in Tadschikistan, aber selbst Russland lässt keine Waffenlieferungen an sie zu. Auch darüber hinaus werden sie von keinem internationalen Akteur aktiv unterstützt. „Weder Russland noch China (oder die anderen zentralasiatischen Staaten) wollen bewaffnete Afghanen, die in Zentralasien an grenzüberschreitenden Kriegshandlungen teilnehmen“, schrieb der Afghanistan-Kenner Barnett Rubin. „Sie wissen, wie solch eine Situation in den 1980er Jahren Pakistan destabilisiert hat.“

Im Land begrenzt vor allem die allgemeine Kriegsmüdigkeit ihr Mobilisierungspotenzial, die die Bevölkerung in vielen Lan-

desteilen dazu brachte, sich mit der Taliban-Herrschaft zu arrangieren. Ihre fehlende Koordination erlaubte es den Taliban bisher stets, jeweils konzentriert Kräfte gegen örtliche Rebellionen in den Kampf zu werfen. Vor allem Anschläge von ISKP sorgen aber immer wieder für eine hohe Zahl an zivilen Opfern, v.a. unter schiitischen Bevölkerungsgruppen wie den Hazara. Dessen Vorgehen grenzt auch nach Ansicht unabhängiger Beobachter an Völkermord.

Eine größere Gefahr stellen ethnische Spannungen dar. Nach der Verdrängung von ohnehin im nationalen Führungspersonal der Taliban unterrepräsentierten Nicht-Paschtunen wächst Unmut. Langfristig die größten Probleme für das Taliban-Regime gehen von der Wirtschafts- und insbesondere der drohenden zyklischen humanitären Krise aus, verstärkt durch die zunehmenden Auswirkungen der weltweiten Klimakrise auf die Ökologie Afghanistans.

Afghan:innen, die mit offenem Widerstand nicht ihr Leben riskieren wollen, bleiben zwei Optionen: das Land verlassen oder sich anpassen und etwas persönlichen Spielraum bewahren. So wie Schah Gul und ihre Freundinnen, die sich zwar verhüllen, aber nicht so, wie die Taliban es verlangen. Ihr Bruder in Bamian, so erzählt Schah Gul, arbeitet inzwischen für die Taliban-Moralpolizei: „Zögernd, weil es keine anderen Jobs gibt.“

Was die in Europa oft dominierende Schleierdebatte betrifft, schrieb die aus Afghanistan stammende, in Deutschland lehrende Hochschullehrerin Jasamin Ulfat, der Verhüllungserlass sei zwar „die harscheste Taliban-Maßnahme gegen Frauen bisher“. Aber: „Die Schulbildung wegzunehmen und die Bewegungsfreiheit der Frauen einzuschränken ist weitaus schlimmer als ein Schleier. Ein Schleier ist nur sichtbarer als die anderen Einschränkungen.“



Drei junge Menschen, drei Schicksale

Im jüngst (vorläufig) zu Ende gegangenen Waldhäusl-Prozess wurden die betroffenen Jugendlichen vom angeklagten Landesrat unter anderem als Störenfriede bezeichnet. Wer waren die in Drasenhofen weggesperrten Fluchtwaisen und was ist aus ihnen geworden? Von Jutta Lang

Der Prozess gegen den niederösterreichischen FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl und gegen die Zweitangeklagte, eine ehemalige Beamtin, endete im September 2022 mit einem (nicht rechtskräftigen) Freispruch. Die WKStA – Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft – legte bereits Nichtigkeitsbeschwerde ein. Man wird sehen, ob das Oberlandesgericht dieser Beschwerde stattgibt und wir eine Neuauflage des Prozesses erleben. Zu wünschen wäre es, denn das Signal dieses Freispruchs ist verheerend.

Aber wer waren die Jugendlichen, die LR Waldhäusl Ende 2018 glaubte disziplinieren zu müssen und hinter Stacheldraht wegsperrern zu dürfen? Was wurde aus ihnen?

Drei junge Menschen, drei Schicksale, drei Beispiele für die Absurdität des Asylsystems in Österreich und in Europa, drei Beweise, dass zu oft der Zufall über das Leben von Fluchtwaisen entscheidet.

Beginnen wir mit Said*. Said lebt heute in Frankreich, er hat dort 2019 Schutz gefunden und möchte nie wieder nach Ös-

**Namen geändert*

terreich zurück, wo er vier Jahre lang lebte. „Österreich hat mich im Stich gelassen“, erklärt Said. Er arbeitet heute in einem Imbiss in Paris, schickt mir eine Speisekarte und scherzt: „Was willst du essen?“

„Falsche“ Antwort

Said stammt aus Afghanistan, aus einem Ort in der Nähe von Kabul. Die Taliban waren allgegenwärtig und viele Mitglieder seiner Familie mussten bereits fliehen. Mit 13 Jahren wurde Said in den Iran geschickt. Dort musste er beim Brunnenbau helfen. Weil er so klein und schmal war, passte er in den Brunnenschacht, um dann mit einfachsten Mitteln in der Tiefe des Schachtes zu graben. Arbeitsschutz? Lachhaft. Said erlebte wie andere junge Burschen von herabfallenden Steinen erschlagen wurden. Afghanische Flüchtlinge haben im Iran keine Rechte. Sie werden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Also musste Said weiter nach Europa. Mit 14 Jahren kam er nach Österreich. Fragte man ihn nach der Flucht, erzählte er von Polizisten mit Hunden, die Jagd auf Menschen machten, vom Verstecken und Herumirren im Wald.

Als Said in Österreich gefragt wurde, warum er hier war, antwortete er: „Weil ich in die Schule gehen will.“ Niemand bereitete dieses Kind auf eine Befragung vor. Die Antwort, lernen zu wollen, war die „falsche“ Antwort: kein Asylgrund. Er meinte, dass die Taliban in seiner Heimat eine Gewaltherrschaft ausübten und Angst und Terror verbreiteten, wusste man doch. Warum sollte man darüber reden? Said verbrachte sechs Wochen im Krankenhaus, ein Nierenstein machte ihm gesundheitliche Probleme. Danach verlor er seinen Schulplatz, außer einem privat organisierten Deutschkurs gab es nichts zu tun für ihn, nur warten. Niemand hatte für Said

die Obsorge, dennoch fühlte er sich in seinem Quartier wohl, nur die Ungewissheit setzt ihm zu. Eines Tages informiert ihn ein Betreuer, dass sein Verfahren vor dem Gericht bevorsteht, in dem über seine Zukunft entschieden wird. Und wieder bereitete ihn niemand vor. Der Richter befand Said sei gesund und könne in Afghanistan allein überleben, sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser halten und seine westliche Einstellung verstecken.

Said war zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt, niemals mit dem Gesetz in Konflikt geraten und mit 18 Jahren sollte er abgeschoben werden.

LR Waldhäusl beschloss, ihn nach Drasenhofen zu schicken, trotz laufender Beschwerde. Die Zweitangeklagte meinte übrigens im Gerichtsverfahren, er und einige weitere wären „ohnehin abgeschoben worden und Kinderrechte sind dehnbar“.

Said fiel nach Drasenhofen in eine schwere Depression. Er war suizidgefährdet und brauchte Medikamente, um weiterzuleben. Im Sommer 2019, kurz vor seinem 18. Geburtstag, floh Said. Aus Österreich!

Nach sieben Jahren in Sicherheit

Farid war 14 Jahre alt, als er 2014 allein nach Österreich kam. Auch Farid ist Afghane, aufgewachsen im Iran, wohin bereits seine Familie fliehen musste. An der Grenze zwischen dem Iran und der Türkei erlebte Farid wie Flüchtlinge erschossen wurden. „Weiß man das nicht in Europa?“, fragte er verwundert, „das weiß doch jeder“.

Nach dem Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen kam Farid nach Hirtenberg, damals eine Unterkunft für Erwachsene. Und zum ersten Mal weinte Farid, denn er fühlte sich vollkommen allein gelassen und sich selbst überlassen. Von seinen erwachsenen Mitbewohnern lernte Farid nicht nur Gutes. In den darauffolgenden Jahren wur-



de Farid immer wieder verlegt, teilweise weil Quartiere schließen mussten oder als „Erziehungsmaßnahme“. Trotzdem besuchte Farid konsequent die Schule und absolvierte nach und nach die Prüfungen für den Pflichtschulabschluss. Bis auf die letzte, denn LR Waldhäusl ließ ihn auf die Liste für Drasenhofen setzen. Farids Einwand, dass er einen Prüfungstermin versäumen würde, wenn er nach Drasenhofen verlegt wird, wurde nicht beachtet. Aufgrund einer bedingten Verurteilung wurde gegen Farid ein Aberkennungsverfahren eingeleitet. Sein Status als subsidiär Schutzberechtigter, den er seit 2014 besaß, drohte aberkannt zu werden und Farid sollte infolgedessen nach Afghanistan abgeschoben werden.

Farid war damals bereits fünf Jahre in Österreich, sprach fließend Deutsch, stand kurz vor dem Pflichtschulabschluss und hatte ein Praktikum in einer Bäckerei in Aussicht. Das alles zählte nicht für den „Integrations“-Landesrat Waldhäusl. Farid musste nach Drasenhofen.

Doch Farid hatte Glück: Er fand Unterstützerinnen, schaffte seinen Schulabschluss, arbeitete und bezog bald seine eigene Wohnung, aber ständig schwebten Unsicherheit und Angst über ihm. Darf ich bleiben? Muss ich gehen? Dazu kam die Sorge um seine Familie im Iran. Er bezahlte

das Schulgeld für seine Geschwister und hielt die Familie über Wasser. Was für eine Bürde für einen 18-Jährigen.

2020 fand seine Anhörung vor dem Bundesverwaltungsgericht statt, doch der Richter entschied negativ.

Farid war zu diesem Zeitpunkt 19 Jahre alt, lebte seit sechs Jahren in Österreich und fiel psychisch in ein tiefes Loch.

Der Verfassungsgerichtshof hob das Urteil des Richters auf und Ende 2022 bekam Farid endlich den subsidiären Schutz zurück. Nach sieben Jahren war er in Sicherheit. Die seelischen Wunden dieser Zeit werden ihn aber noch lange begleiten. Eine der

Der Prozess gegen FPÖ-Landesrat Waldhäusl endete im September 2022 mit einem (nicht rechtskräftigen) Freispruch.

Die Jugendlichen hatten keine Obsorge als Minderjährige und waren die meiste Zeit auf sich allein gestellt.

schönsten Momente war, als Farid im Sommer 2022 stolz seinen Fremdenpass in der Hand hielt: „Jetzt bin ich sicher und frei.“

Arbeit und Ausbildung in Deutschland

Auch Samir musste nach Drasenhofen. Warum? Samir war nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, also warum sollte er weggesperrt werden?

Sami stammt aus dem Irak, kam als 14-jähriger im Jahr 2015 nach Österreich und wurde abgelehnt. Der Irak sei ein sicheres Land, hieß es. Dass Samir bereits nach zwei Jahren fließend Deutsch sprach, die Schule besuchte und niemand seiner Familie im Irak lebte, spielte keine Rolle. Mit 18 Jahren drohte ihm die Abschiebung. Für LR Waldhäusl war es Grund genug, ihn hinter Stacheldraht zu sperren, obwohl auch er sich nie hatte etwas zuschulden kommen lassen, also kein „Störenfried“ war, wie Waldhäusl vor Gericht die Jugendlichen bezeichnete. Auch in seinem Fall wurde Beschwerde eingelegt, das Verfahren war also noch offen. Doch kurz vor seinem 18. Geburtstag kam die Polizei um 6:00 morgens in sein Quartier. Samir sollte nach Fieberbrunn in ein so genanntes Rückkehrzentrum. Samir flüchtete 2019 nach Frankreich und bekam wieder einen negativen Bescheid. Seit sechs Jahren war

er nun auf der Flucht und beantragte schließlich erneut Asyl in Deutschland. Gegen eine Dublin-Rückführung nach Frankreich legte sein Anwalt erfolgreich Beschwerde ein. Sami fand schnell Arbeit, auch aufgrund seiner guten Deutschkenntnisse. Ja, er durfte arbeiten. Er durfte auch eine Ausbildung beginnen und damit den Grundstein für sein Leben in Deutschland legen: eine Ausbildungs-Duldung.

Der Zufall hat drei Jugendliche auf ihrer Flucht vor Gewalt und Terror, auf der Suche nach einem sicheren Platz zum Lernen und Arbeiten, nach Österreich gebracht. Alle drei erlebten Willkür, alle drei hatten keine Obsorge als Minderjährige und waren die meiste Zeit auf sich allein gestellt. In Österreich: einem der reichsten Länder Europas, das es nicht schafft, Fluchtweisen entsprechend zu versorgen, zu fördern und zu beschützen.

Die **INITIATIVE MINDERHEITEN** steht unmittelbar vor dem Aus. Eine wichtige **STIMME** der Zivilgesellschaft droht nach 31 Jahren zu verstummen.

Wir brauchen dringend Unterstützung!



Bitte zögern Sie nicht,

- ▶ zu spenden,
- ▶ **STIMME** zu abonnieren und Abos zu verschenken,
- ▶ förderndes Mitglied der **INITIATIVE MINDERHEITEN** zu werden.

Damit sich die **INITIATIVE MINDERHEITEN** und die **STIMME** – das einzige minderheitenübergreifende Magazin in Österreich – auch in Zukunft für die Stärkung von Minderheitenrechten einsetzen können.

	EUR
Jahresabo STIMME	20,-
Zweijahresabo STIMME	38,-
Jahresabo Ausland	30,-
Zweijahresabo Ausland	58,-
Mitgliedsbeitrag jährlich IM	25,-
Fördermitgliedsbeitrag jährlich IM	ab 100,-

Abo-service: abo@initiative.minderheiten.at

Bankverbindung:
Erste Bank
 IBAN: AT60 2011 1838 2586 9200
 BIC: GIBAAWXXX
 Lautend auf:
Initiative Minderheiten



Tiergestützte Traumapädagogik mit Asylsuchenden und Bleibeberechtigten

Als Teilprojekt von RESET wurde in Vorarlberg das Pilotprojekt *MOLLIS – tiergestützte Traumapädagogik* getestet. Die Zusammenarbeit mit Therapiebegleithunde-Teams, Inhalte rund um das Tier und die Verknüpfung mit traumapädagogischen Methoden waren grundlegend für die Zielerreichung im Einzelfall. Von Jennifer Schacherl

Ziel des Projektes *MOLLIS – Tiergestützte Traumapädagogik* ist es, Asylsuchende und bleibeberechtigte Personen durch gezielte tiergestützte Interventionen im Bereich der Traumabewältigung, vor allem in Bezug auf die emotionale Stabilisierung, die Selbstbemächtigung und die Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Das emotionale und soziale Lernen sowie die Resilienz der jeweiligen teilnehmenden Personen sollen dabei gefördert und gestärkt werden. Dies sind unter anderem wesentliche Schwerpunkte innerhalb der Extremismus-Prävention auf der Mikro-Ebene.

Tiergestützte Intervention – was ist das?

Nach *ESAAT* (2012), der Dachorganisation für tiergestützte Therapie, umfassen tiergestützte Interventionen „bewusst geplante pädagogische, psychologische und sozialintegrative Angebote mit Tieren für Kinder, Jugendliche, Erwachsene sowie Ältere mit kognitiven, sozial-emotionalen und motorischen Einschränkungen, Verhaltensstörungen oder ähnlichen Förderschwerpunkten. Sie beinhalten auch gesundheitsfördernde, präventive und rehabilitative Maßnahmen“. Das heißt tierge-

Tiergestützte Traumapädagogik ist es für Klient:innen eine sanfte, gewinnbringende Herangehensweise, die ihnen Sicherheit verschafft.

stützte Interventionen werden zielgerecht auf den Einzelfall oder die betreffende Gruppe abgestimmt.

Zur Erklärung der Wirksamkeit der Mensch-Tier-Beziehung bzw. der Arbeit im tiergestützten Rahmen werden die Biophilie-Hypothese, das Konzept der Du-Evidenz, Ableitungen aus der Bindungstheorie und das Konzept der Spiegelneuronen herangezogen. Des Weiteren wird zwischen Wirk- effekten auf verschiedenen Ebenen – sozial, körperlich, emotional – unterschieden.

Verbindung mit Traumapädagogik

Die Traumapädagogik zielt auf die emotionale und soziale Stabilisierung, Selbstregulation sowie Selbstbemächtigung ab. Das Individuum soll innerhalb eines sicheren Ortes wieder lernen, eigenmächtig die Verantwortung für das eigene Leben übernehmen zu können und sich der eigenen Ressourcen bewusst zu werden. Traumapädagogik ist gekennzeichnet von Ressourcenarbeit und Körperarbeit, Zeit und Geduld (vgl. Weiß, 2013, S.16-21).

Werden, wie im Projekt *MOLLIS* beide Schwerpunkte zusammengeführt – Tiergestützte Traumapädagogik – ist es für Klient:innen eine sanfte, gewinnbringende Herangehensweise, die ihnen Sicherheit verschafft. Sie können mit dem Tier als Brückenbauer:in in Kontakt treten und mitunter über das Tier wieder einen Zugang zu sich selbst finden.

Einblick in die Praxis

Die Teilnehmer:innen in den vergangenen Monaten waren sehr unterschiedlich. Einige hatten in ihrer Vergangenheit bereits Kontakt zu Tieren, andere wiederum gar nicht. In einem ersten Treffen haben wir dies eruiert. Nach einer Kennenlernphase zwischen der jeweiligen Mitarbeiterin und den Teilnehmenden, sind Einheiten mit

Therapiebegleithunde-Teams hinzugekommen.

Abwechslungsweise wurde in den Einheiten mit und ohne Tier sowie rund ums Tier, verknüpft mit traumapädagogischen Methoden, gearbeitet. Die ersten Begegnungen mit den Therapiebegleithunde-Teams waren durchwegs positiv und haben mit der Zeit in allen Einzelfällen Positives bewirkt. Die Arbeit mit den Therapiebegleithunden wurde kunterbunt gestaltet. Es wurden Hundekexe für den anwesenden Hund gebacken, Spielzeug gebastelt, verschiedene Grundkommandos und Tricks eingeübt, an der Leine gehen gelernt, diverse Spiele gespielt, entspannende Spaziergänge gemacht und es hat jede Menge Streicheleinheiten gegeben.

So kann ich berichten, dass durch die anfangs grundlegenden Übungen mit den Hunden eine Vertrautheit aufgebaut wurde, die in Worten nicht beschreibbar ist. Ein Klient hat es sogar geschafft, die Vertrauensbasis in der Mensch-Tier-Beziehung auf die Mensch-Mensch-Beziehung umzulegen. Dies ist für mich eine der wunderbarsten Errungenschaften im Projekt. Die hundegestützten Einheiten haben für die Klient:innen eine entspannende, motivierende und stärkende Wirkung gehabt, was beobachtbar war und von manchen Teilnehmenden explizit zum Ausdruck gebracht wurde. Dass es durch den Einsatz von einem Hund und traumapädagogischen Methoden gelingt, die Klient:innen während der Einheit im Hier und Jetzt zu behalten, war teilweise möglich. Die Stärkung des Selbstvertrauens, der Sozialkompetenzen und der Selbstwirksamkeit ist durch eine Mischung der Arbeitsansätze größtenteils gelungen.

Literatur:

WEISS, W. (2013): „Wer macht die Jana wieder ganz?“ Über Inhalte von Traumabearbeitung und Traumaarbeit. In: BAUSUM, J., BESSER, L., KÜHN, M., WEISS, W. (Hrsg.): Traumapädagogik. Grundlagen, Arbeitsfelder und Methoden für die pädagogische Praxis. 3. Aufl., Beltz Juventa Verlag, Weinheim und Basel. S. 14 – 23

Kurzmeldungen



Mehr Mittel zur Risikominimierung

Anlässlich der Weltklimakonferenz fordern die beiden Migrationsforscherinnen Reva Dhingra und Elizabeth Ferris neben der unmittelbaren Bekämpfung der Ursachen der Klimakatastrophe auch eine Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Minimierung der Folgen und Anpassungen an die veränderten Umweltbedingungen. Als Beispiele werden Studien über Gebiete, in denen Menschen Umweltgefahren ausgesetzt sind, und Prognosen, wohin Menschen wahrscheinlich migrieren werden, angeführt.

Wichtig wäre auch die Unterstützung lokaler Regierungen, die voraussichtlich in Folge des Klimawandels ihre Bevölkerung verlieren oder stark vergrößern werden. Nur wenige Regierungen haben bereits, wie Vanuatu und Fidschi, konkrete Pläne in den Schubladen, wenn die bewohnbaren Flächen

ihres Staatsgebietes dramatisch zu schwinden beginnen. Auch wenn die Autorinnen einräumen, dass es politisch nicht machbar sei, bestehende Definitionen von Flüchtlingen zu ändern, um die Klimakatastrophe als Fluchtursache einzubeziehen, fordern sie doch von den Regierungen, Klimaflüchtlingen einen ergänzenden humanitären Status zu gewähren, „die Regierungen müssen erkennen, dass die Herausforderungen der Klimamigration nur noch größer werden, wenn keine sicheren und geordneten Wege geschaffen werden.“

Namibia: Klimawandel bedroht Flüchtlingssiedlungen

(UNHCR) Auch im südlichen Afrika sind immer mehr Menschen von den Folgen der Klimakatastrophe betroffen. In einer von UNHCR veröffentlichten Reportage wird über die Verschärfung der Lage im Norden Namibias berichtet. Das einst

fruchtbare Land, das Geflüchteten aus der Demokratischen Republik Kongo für den Anbau von Gemüse und Früchten überlassen wurde, ist unwirtschaftlich geworden. Dürre und auch schwindende Lebensmittelrationen aufgrund von Kürzungen bei den Hilfsbudgets lassen die im 200 km von der Hauptstadt Windhoek gelegen Osire angesiedelten Familien manchmal tagelang hungern. Geringe Regenfälle haben zu einer schlechten Ernte geführt. Da die Temperaturen in Osire fast 40 °C erreichen und das Wasser knapp ist, haben die Flüchtlinge Mühe, die Pflanzen anzubauen, die bisher eine lebenswichtige Nahrungs- und Einkommensquelle waren. Auf der UN-Klimakonferenz COP27, die im November stattfand, fordert der UN-Generalsekretär die internationale Gemeinschaft auf, die Schwächsten vor den Verwüstungen des Klimanotstands zu schützen. UNHCR befürchtet, dass



Flüchtlinge wie jene in Namibia, die ohne Eingreifen der internationalen Gemeinschaft direkt mit Hunger konfrontiert sind, Gefahr laufen, vergessen zu werden.

Kamerun/Tschad: 30.000 Menschen fliehen vor Gewalt wegen Wassermangel

Mindestens 30 000 Menschen flohen vor gewalttätigen Auseinandersetzungen im Norden Kameruns in den benachbarten Tschad. Achtzig Prozent der Neankömmlinge seien Frauen und Kinder, teilte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR am Freitag mit. In dem Dorf Ouloumsa waren Kämpfe zwischen Hirten, Fischern und Bauern um die schwindenden Wasserressourcen ausgebrochen, die schnell auf benachbarte Dörfer übergriffen. Zehn Dörfer wurden bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Später brachen in der Wirtschaftsmetropole Kousseri Kämpfe aus, bei denen der Viehmarkt zerstört wurde, so der Bericht des Flüchtlingshilfswerks. Die bereits

bestehenden Spannungen in Nordkamerun werden durch die Auswirkungen des Klimawandels angeheizt. Sowohl Fischer als auch Bauern versuchen, das durch den schrumpfenden Tschadsee immer knapper werdende Wasser in großen Gräben aufzufangen. Die einen, um zu fischen, die anderen, um damit Landwirtschaft betreiben zu können. Allerdings bleibt das Vieh oft in den schlammigen Gräben stecken und verendet dort. Das führt zusätzlich zu Ärger und Kämpfen, in einer bereits prekären Lage.

UN: Klimakrise schürt Konflikte in der Sahelzone

(epd) Laut UN-Prognosen stehen die Länder der Sahelzone inmitten der Klimakrise vor Jahrzehnten verschärfter Konflikte, Flucht und Vertreibung. Nur dringend nötige Klimaanpassungsmaßnahmen könnten die Situation entschärfen. Zehn Länder – von Senegal bis Kamerun – werden in dem Prognose-Bericht genauer betrachtet. Die Kli-

makrise zusammen mit der zunehmenden Instabilität und den geringen Investitionen in die Entwicklung führten zu einer „entmündigenden Mischung“, erklärte UN-Sonderkoordinator Abdoulaye Mar Dieye. Diese belastete Gemeinschaften stark und bewirke, dass Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden können. Schon jetzt zeichne sich ab, dass zum Beispiel Mais- und Hirse-Ernten deutliche Einbrüche aufgrund extremer Wetterereignisse verzeichnen. Nur ein „massiver Ausbau des kollektiven Klimaschutzes und der Klimaanpassung“ könne die aktuellen und zukünftigen humanitären Folgen lindern, erklärte Andrew Harper, Sonderberater für Klimamaßnahmen des UNHCR. Denn die Region habe grundsätzlich Potenzial, das zum Tragen kommen sollte, betonten die Vereinten Nationen. Die Sahelzone liegt an einem der größten Grundwasserspeicher Afrikas, verfügt über ein immenses Potenzial für erneuerbare Energien und eine junge Bevölkerung

Weltweit: Konflikte, Klimawandel und COVID bedrohen Rekordzahl von Menschen

Die Vereinten Nationen warnen, dass einer von 29 Menschen weltweit im nächsten Jahr dringend Unterstützung bei Nahrung, Unterkunft oder Schutz benötigen wird. In ihrem jährlich erscheinenden Global Humanitarian Overview gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass im nächsten Jahr weltweit 274 Millionen Menschen auf Nahrung, Unterkunft und Schutz angewiesen sein werden - ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Zahlen für 2020, als 235 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen waren. Diese Krise wird „durch das Zusammentreffen von politischer Instabilität, zunehmenden Vertreibungen, Klimaauswirkungen und den Auswirkungen von Covid-19 verursacht. „Die Krisen haben sich geografisch auf bereits geschwächte Staaten ausgeweitet“, heißt es in dem Bericht. Martin Griffiths, der Leiter der UN-Hilfsorganisation, bezeichnete die Aussichten als „düster“. Der Bericht warnte auch davor, dass die Zahl der mit dem Klimawandel zusammenhängenden Katastrophen zunimmt und im Jahr 2020 insgesamt 389 zu verzeichnen sein werden. Dem Bericht zufolge sei die Finanzierung der Klimaanpassung immer noch völlig unzureichend und räume den Ländern, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, keine Priorität ein. Und das, obwohl zahlreiche Länder schwer davon betroffen sind. In Äthiopien sind es beispiels-

weise Dürre und Heuschrecken, im Südsudan drei Jahre in Folge Überschwemmungen. Trotz der düsteren Aussichten erklärte Griffiths, dass es in diesem Jahr einige Erfolge gegeben habe. Im Südsudan wurde eine Hungersnot abgewendet, als eine halbe Million Menschen Nahrungsmittelhilfe erhielt, und im Jemen halfen die Vereinten Nationen 344.000 Frauen bei der sicheren Geburt.

Somalia: alarmierende Dürre

Das Horn von Afrika stehe nun „am Rande einer weiteren regenarmen Saison“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) und der somalischen Regierung, die im Herbst veröffentlicht wurde. Die Dürre zwang bereits schätzungsweise 100.000 Menschen, auf der Suche nach Nahrung, Wasser und Weide-

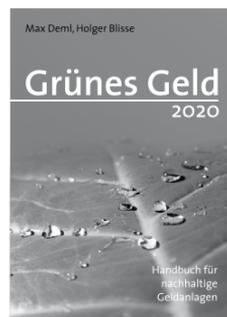
land für ihr Vieh ihre Häuser zu verlassen. Die Vereinten Nationen warnten davor, dass sich die Dürre in Somalia „rapide verschlimmert“ und mehr als zwei Millionen Menschen von schwerwiegenden Nahrungsmittel- und Wasserknappheiten betroffen sind. In den letzten Jahren waren Naturkatastrophen – und nicht Konflikte – die Hauptursache für die Vertreibung in Somalia, einem vom Krieg zerrissenen Land, das zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Welt zählt. Seit 1990 hat Somalia mehr als 30 klimabedingte Katastrophen erlebt, darunter 12 Dürren und 19 Überschwemmungen. „Die Häufigkeit und Schwere der klimabedingten Gefahren nimmt zu“, heißt es in der Erklärung. Adam Abdelmoula, der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in dem Land, sagte, dass sich in Somalia ein perfekter Sturm zu





sammenbraue. Er rief zu dringenden Maßnahmen auf, um zu verhindern, dass eine Hungersnot ausbricht. Die Pegel der Flüsse Juba und Shabelle sind niedrig und werden in den kommenden Monaten voraussichtlich weiter sinken. Die meisten Berkads - kleine Wasserreservoirs - und Flachbrunnen sind ausgetrocknet, so dass die Gemeinden auf Bohrlöcher angewiesen sind, die weit voneinander entfernt liegen und oft eine geringe Ausbeute und schlechte Wasserqualität aufweisen. In den meisten landwirtschaftlichen Gebieten wird mit Ernteausfällen gerechnet. Bis in das erste Quartal 2023 wird mit einer Verschärfung der Dürrebedingungen gerechnet.

Wer sein Geld ökologisch nachhaltig, sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst Öko-Invest.



Er liefert (per Post) aktuelle Analysen, Übersichten und Tipps zu

- nachhaltigen Fonds, Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen
- über 40 nachhaltigen Titeln im **Musterdepot**, z.B. Aktien von **Geberit, Tesla** und **Tomra** (mit Kursgewinnen bis 8.400%)
- **25 Natur-Aktien** im Index **nx-25** (+2.100% von 4/97 bis 8/22)
- **30 Solar-Aktien** im Index **PPVX** (+1.500% von 1/03 bis 8/22)
- ausserbörslichen Aktien wie **BioArt** oder **Öko-Test**
- **Warnungen** vor (grün-)schwarzen Schafen.

Das **Handbuch Grünes Geld 2020** enthält (in der 8. aktualisierten Auflage) auf rund 380 Seiten wieder einen umfassenden Überblick über nahezu alle Öko-Investment-Möglichkeiten samt neuer Kapitel wie Green Bonds und Crowd-Investments.

Das Handbuch (Einzelpreis 24,90 Euro portofrei mit Rechnung) und ein **kostenloses Öko-Invest-Probeheft** können Sie abrufen beim Öko-Invest-Verlag, Schweizertalstr. 8-10/5, A-1130 Wien
www.oeko-invest.net, Tel. 0043-1-8760501, oeko-invest@teleweb.at

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber:

asylkoordination österreich

A-1070 Wien, Burggasse 81/7, Tel: +43 1 532 12 91

E-Mail: langthaler@asyl.at, Web: www.asyl.at

Konto: IBAN AT08 1400 0018 1066 5749, BIC BAWAATWW

Abopreis: (mind. vier Ausgaben pro Jahr) € 20,-

Redaktion: Herbert Langthaler

Offenlegung: Medieninhaber: *asylkoordination österreich*

Blattlinie: Informationen der Mitglieder und UnterstützerInnen der *asylkoordination österreich* über die Vereinsarbeit, Fragen der österreichischen und internationalen Asyl- und Migrationspolitik, über Ursachen und Auswirkungen weltweiter Migrationsbewegungen.

Autor:innen: Renate Christ, Michael Fanizadeh, Jutta Lang, Herbert Langthaler, Sarah Louise Nash, Thomas Ruttig, Jennifer Schacherl

Fotos: Margit Ammer, Don Bosco Sozialwerk, Thomas Haunschmid, Monika Mayrhofer, Sebastian Philipp/VIDC, UNHCR/Oxygen Film Studio (AFG), Südwind/Vincent Sufiyan, Franz Witzmann

Lektorat: Klaus Hofstätter, Vernea Hrdlicka und Maria Takacs

Grafik: Almut Rink für 

Herstellung: Resch KEG, 1150 Wien



Kind ist Kind

#Fluchtwaisen brauchen Hilfe —
wie alle anderen Kinder auch.
Geben wir ihnen den Schutz und
die Betreuung, die sie brauchen.
www.asyl.at/de/kindistkind/

- Ich möchte Mitglied der *asylkoordination österreich* werden.
 - Fördermitgliedschaft € 50,- / Jahr
 - Verein, Initiative € 365,- / Jahr
- Ich möchte die Zeitschrift *asyl aktuell* für € 20,- / Jahr abonnieren.
- Ich möchte ehrenamtlich in der *asylkoordination* oder in einem ihrer Mitgliedsvereine MITARBEITEN.



Name

Organisation, Initiative

Anschrift.....

Telefon/Fax.....

Unterschrift Datum

**asylkoordination
österreich
Burggasse 81/7
A-1070 Wien**